

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenspreis die 6 gespalt. Colonettelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Vom Denken.

Nicht einer von Tausenden hat auch nur die geringste Neigung zum Denken, sondern nur zu passivem Denken und Nachsagen und zu aktiver Phrasenmacherei. (Carlyle.)

Der untrügliche Beweis des Gleiheins der Gedankenwelt in die Welt des Stoffes ist der Gedanke. Wenn man die Gedanken aller genialen Denker, wie sie von der menschlichen Sprache umkleidet in Bildern niedergelegt sind, oder in wohlklingenden Lautgebilden in die Luft gehaucht werden, sammeln könnte, so würde das geistige Auge eine Welt schauen, mannigfaltiger, wunderbarer als die Welt der Erscheinung. Mit der Kraft, Gedanken zu erzeugen, ist jedem Menschen die Fähigkeit gegeben, zu beweisen, daß der Mensch über die vernunftlose Schöpfung unendlich erhaben ist.

Doch gilt den meisten Menschen ein schönes Gesicht, eine wohlgeformte Gestalt, prächtige Kleider, zerstreute Vergnügen mehr als die kostbare Gabe des Denkens. Wohl können und gehen die Vorstellungen, wohl bringt die Phantasie bunte Bilder hervor, wohl spricht der Mund die Gedanken anderer nach, wohl werden die Worte zu klingenden und blendenden, aber nicht sagenden Phrasen zusammengefaßt; aber eigene selbständige Gedankenlebens, die in innerem Zusammenhang stehen, die ein festes, ineinandergefügtes Gefüge darstellen, — das fordert Anstrengung und Willensdisziplin, das ist mühselig und schwere Arbeit, die nur bei Aussergewöhnlichen zur Meisterschaft führt. Wie schwer ist es, zu einem Gedanken das zweite und dritte Glied einer Gedankenreihe anzufügen, bevor man zu einem andern Gedankengebiete überspringt. Dazu gehört ernste und strenge Geistesarbeit. — Und doch braucht man keine Bilder zu studieren, keine Hochschule zu besuchen, um Denken zu lernen. Der schlichte Arbeiter kann seine Ansichten über Zeitverhältnisse und Menschheit, über Diesseits und Jenseits in ebenso trefflichen und tiefen Gedanken in seinem Geiste festlegen wie der große Gelehrte.

Gedankenlosigkeit und Gedankenlosigkeit ist das Verbrechen eines jeden, der sich nicht damit begnügt, zu träumen, fremde Gedanken nachzureden, Fragen zu dreheln, sondern der gründlich denken will.

Wollwirtschaftliche Rundschau.

Manche Anzeichen sprechen dafür, daß wir uns jetzt in einer Wirtschaftskrise befinden, die sich nicht an Erscheinungen, die zu Bedenken Anlaß geben. In den ersten beiden Quartalen dieses Jahres waren eine große Anzahl von Neugründungen und Kapitalerhöhungen schon bestehender Gesellschaften zu verzeichnen. Nach der bekannten Statistik der „F. F. F.“ betrug die Summe der neuinvestierten Kapitalien im 1. Quartal 24,6 Mill. M.; im 2. 34,5 Mill. M. und im 3. 25,2 Mill. M. Das letzte Quartal zeigt demnach eine Abnahme von 92,9 Mill. M. Daß in dem angegebenen Zeitraum ein Rückgang eintritt, ist weiter nicht von Bedeutung, er kehrt jedes Jahr periodisch wieder — wohl aber kann die abnorm große Zahl von 92,9 Mill. M. zu Bedenken Anlaß geben! Man fragt sich unwillkürlich: Sollen das Privatkapital so wenig Vertrauen auf die fernere Entwicklung unserer Wirtschaftslebens, daß es bereits schon hat, sich in Unternehmungen festzusetzen? Allerdings muß berücksichtigt werden, daß im 3. Quartal 1911 noch eine bedeutende Vermehrung gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres stattgefunden hat — sie betrug 11,70 Mill. M. — ein Zeichen, daß wir gegen das letzte Jahr immer noch einen Vorprung haben. In der Gruppe der Metalle und Maschinen sind 8 Neugründungen von Aktiengesellschaften und 104 solcher von Gesellschaften m. b. H. verzeichnet. Die Kapitalanlagen betragen bei jenen 6 500 000 M., bei diesen 9 361 000 M. Kapitalerhöhungen wurden von 11 Aktiengesellschaften im Gesamtbetrag von 19,5 Millionen M. und von 16 Gesellschaften m. b. H. im Betrage von 1,2 Mill. M. vorgenommen. Mit den angeführten Zahlen steht die Metallindustrie mit an hervorragender Stelle unter sämtlichen anderen Gruppen soweit sie Neugründungen und Kapitalerhöhungen betreffen; demnach gehört unsere Industrie zu denen, die immer noch eine stark steigende Konjunktur aufzuweisen haben.

Das große Ereignis in unserer Berichtszeit — die Kriegserklärung Italiens an die Türkei — konnte an unserm Wirtschaftsleben nicht spurlos vorübergehen. Es war denn auch tatsächlich einige Unruhe zu spüren, wenn sie auch nicht den krisenhaften Charakter angenommen hat, der infolge der Gerüchten antizipiert der marokkanischen Frage eingetreten ist. Die Möglichkeit wäre vorhanden gewesen, denn unser wirtschaftliches und finanzielles Interesse an der Türkei ist nicht gering. Der Weltmarkt hat sich nach den großen Anforderungen, die antizipiert des Quartalswechsels an ihn gestellt wurden, gut erholt. Er ist auf keinen Fall so, daß die Industrie durch ihn in Schwierigkeiten kommen könnte. Eine andere schwere Gefahr droht nicht nur der Metallindustrie, sondern der Industrie überhaupt — die zunehmende Teuerung der Lebensmittel. Der schlechte Ausfall der Futterernte in fast allen Ländern schwächt die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung erheblich. Daß gerade dieses Moment unserer Maschinenindustrie nicht gleichgültig sein kann, liegt auf der Hand. Wer auch die Schwächung der übrigen Bevölkerung gibt genug Anlaß zu Bedenken — unter Umständen kann durch sie das gesamte Wirtschaftsleben eine schwere Schädigung erfahren. Wenn nun auch nicht zu vergessen ist, daß der erste

Grund der Teuerung in dem schlechten Ausfall der Ernte zu suchen ist, so kann doch auch andererseits nicht geleugnet werden, daß einige Lebensmittel durch gewissenlose Spekulantente in die Höhe getrieben worden sind, andere infolge der Zwischenhandelsorganisation auf ungebührlicher Höhe gehalten werden. Deshalb kann auch eine grundsätzliche Verringerung unserer Handelspolitik die Salamiität nicht beheben. Ueberaus charakteristisch ist es aber, daß gewisse Kreise selbst in der gegenwärtigen ersten Situation auf eine niedrige, unfruchtbare Höhe nicht verzichten können und dadurch der wucherischen Spekulation ein groß noch in die Hände arbeiten. Angesichts all dieser unerfreulichen Erscheinungen wird die christliche Arbeitererschaft jedenfalls gut daran tun, wenn sie mehr wie bisher ihr Augenmerk auf die Beschaffung der Lebensmittel auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe richtet. Denn jedenfalls ist es nötig, durch tatkräftiges Eingreifen zu helfen, als durch ein maßloses Teuerungsgeschrei der wucherischen Spekulation den Boden für neue Preissteigerungen zu ebnet.

Schon seit nunmehr vier Monaten macht sich in der Roh-eisenproduktion, die im März, April, Mai ungeheuer forciert wurde, ein ruhigerer Gang bemerkbar. Auch im September hat sie gegen den August abgenommen. In diesem Monat betrug sie 1 215 942 To. gegen 1 250 702 To. Die Produktion seit Anfang dieses Jahres beträgt 11 507 749 To., die höchste Zahl seit 1905.

In den letzten Tagen sind Gerüchte aufgetaucht, wonach im Roh-eisenverband Differenzen beständen, die nicht ohne Gefahr für seinen Bestand wären. Unklarheit herrscht immer noch über die Händlerorganisation. Die lothringisch-luxemburgische Gruppe soll sich nur bis Ende 1912 gebunden haben, jedoch nächstes Jahr die Verbandsfrage von neuem aufgeworfen würde.

Von internationalen Verbänden streben auf dem Roh-eisenmarkt ist in jüngster Zeit wieder die Rede. Die französischen und belgischen Hochofenwerke beabsichtigen ein Syndikat zu bilden, dem später eventuell auch Deutschland beitreten soll. Die Lösung wird nicht so einfach sein; denn Frankreich und Belgien Roh-eisenindustrie ist noch nicht einmal in nationalen Verbänden vereinigt. Der Roh-eisenmarkt hat sich nach dem letzten Bericht wenig geändert, er liegt ziemlich ruhig bei durchaus festen Preisen.

In einer der letzten Rundschau wurde das Vorgehen einiger Werke erwähnt, die beim Stahlwerkverband den Antrag auf Erhöhung der Stabeisenbeteiligung gestellt hatten. Die Anträge wurden sämtlich zurückgezogen, wohl weil Aussicht auf Durchbringung doch nicht vorhanden war. Nur der Antrag Stumm auf eine 10prozentige Erhöhung wurde eingebracht, aber abgelehnt; dieses Mal allerdings gegen eine starke Minorität. Der Stabeisenmarkt ist ansehnlich fest, die Preise sind befriedigend. Wie lebhaft die Nachfrage nach Stabeisen war und noch ist geht am besten aus der Tatsache hervor, daß fast sämtliche Werke ihre Beteiligungsziffer überschritten haben. Der Mehrverbrauch vom April bis Juli betrug 8% der Gesamtbeteiligung; der August und September brachte noch höhere Verbrauchsziffern. Von einer Syndizierung hört man nichts mehr — die Frage soll nicht mehr aufgeworfen werden bis zu den Verhandlungen über den Fortbestand des Stahlwerkverbandes. — Das Zulandgeschäft in Halbzeug hat einen recht lebhaften Fortgang genommen, auch das Ausland sendte befriedigend Aufträge, besonders Großbritannien, das eine recht gute Beschäftigung aufweist.

In Eisenbahnüberbaubedarf sind nunmehr die einzelnen Staaten mit ihren Aufträgen hervorgetreten. Besondere Berücksichtigung herrscht aber den der bayerischen Bahnen, der den letztjährigen über 15 000 To. übertrifft; Württemberg blieb hinter dem Vorjahr etwas zurück. Der Auslandsmarkt in Signalfabriken ist befriedigend. Das Kissen- und Gruben-schienengeschäft war etwas ruhiger, doch waren die Abschlüsse immer noch befriedigend. In Formeisen herrscht noch in Anbetracht der regen Bautätigkeit lebhaft Nachfrage.

Wie der Walzdrahtverband berichtet, betrug der Verkauf im September 41 000 To. gegen 38 500 im August. Der Export allein hat sich von 11 350 To. auf 15 000 To. gehoben. Der Inlandsverbrauch ist von 27 000 To. auf 26 000 Tonnen zurückgegangen.

Der deutsche Maschinenbau hat zurzeit einen etwas stöckenden Geschäftsgang, doch heißt man, daß dies eine vorübergehende Erscheinung ist. Der Auslandsmarkt bereitet wegen der Zollverhältnisse große Schwierigkeiten. Auch der Werkzeugmaschinenbau hat gegenwärtig eine etwas ruhigere Zeit. Der Beschäftigungsgrad ist zwar auch jetzt nicht ungünstig, aber die Preise sind gedrückt, da die Konkurrenz der einzelnen Werke sich stark fühlbar macht. — Die Waggonfabriken weisen infolge der Aufträge der Staatseisenbahnen eine lebhaftere Beschäftigung auf als bisher.

Aus England lauten die Nachrichten vom Eisenmarkt nicht sehr zuversichtlich. Der Markt in Roh-eisen ist zwar etwas fester geworden, doch ist das Geschäft in Fertigwaren außerordentlich ruhig. Nur Stabeisen zeigt eine Besserung. In Schiffbau herrscht bei der regen Bautätigkeit lebhaft Nachfrage.

Das Wirtschaftsleben in Amerika ist immer noch recht schwankend und unsicher. Neuerdings setzt die Nachricht die Gemüter wieder in Bewegung, daß ein gerichtliches Vorgehen gegen den Stahlruß beschloffen sei. Nach dem Iron Age ist der Markt in Roh-eisen zwar etwas lebhafter geworden, doch herrscht nach wie vor große Unsicherheit der Verbraucher und die Preise sind durchaus unbefriedigend. Die Eisenpreise sind sehr wenig gefragt. Die Werte in der amerikanischen Eisen-

industrie haben seit 10 Jahren keinen so niedrigen Stand mehr erreicht, wie er augenblicklich ist. Sehr billig bieten die Waggonfabriken ihre Produkte an, da keine Nachfrage vorhanden ist. Wie sehr das amerikanische Wirtschaftsleben zurückliegt, geht aus den Berichten der Eisenbahnen hervor. Die Abschlüsse für das Geschäftsjahr 1910/11 sind alles andere als glänzend, gegen 1909/10 sind sie in ihren Ergebnissen meist zurückgegangen.

Aus dem Besagten ergibt sich zur Genüge, daß unserer Arbeitererschaft ernste Zeiten bevorstehen. Das ist für die unsere Verbände noch gleichgültig gegenüberstehenden christlichen Metallarbeiter eine eindringliche Mahnung, ohne Bezug an die Wahrung ihrer bedrohten wirtschaftlichen Interessen zu denken. Nur vereint mit den organisierten Kollegen im christlichen Metallarbeiterverband sind sie in der Lage, den drohenden Stürmen Trost zu bieten.

Die Arbeitszeit in der preussischen Großeisenindustrie im Jahre 1910.

Seit einigen Jahren schon ist eine Bewegung im Gange, die sich mit Nachdruck gegen die überlange Arbeitszeit in der Großeisenindustrie wendet. Durch die energische Aufklärungsarbeit unseres christlichen Metallarbeiterverbandes sind weitere Kreise auf die aufreibende und gefahrvolle Arbeit in den Hütten- und Walzwerksbetrieben und den bringend notwendigen Schutz für die Arbeiter dieses Industriezweiges aufmerksam gemacht worden. Unser Verband war es auch, der als erster unter den Metallarbeiterorganisationen auf seiner Offenbacher Generalversammlung für die Hütten- und Walzwerksarbeiter den Maximalarbeitszeit und geregelte Arbeitsverhältnisse forderte. Eine Frucht der durch unsere Tätigkeit in Fluß gebrachten Bewegung ist der erste, allerdings noch sehr bescheidene Versuch einer Regelung der Arbeitszeit in der Großeisenindustrie durch die bekannte Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie vom 19. Dezember 1908. Diese Bekanntmachung trat bekanntlich mit dem 1. April 1909 in Kraft. Der Hauptwert wird in den einzelnen Bestimmungen offensichtlich auf eine Ermittlung der tatsächlichen Verhältnisse gelegt. Diesem Zwecke dient die Einführung von Verzeichnissen für jeden Arbeiter, der über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit hinaus beschäftigt wird. Die Ermittlungen erstrecken sich auf die Anzahl der Arbeiter, welche Überstunden leisten, sodann auf die verschiedenen Betriebszweige in denen solche geleistet werden sowie des ferneren auf die Häufigkeit und Dauer der Überstunden. Daneben wird auf die Einhaltung bestimmter Pausen geachtet, allerdings mit Zulassung zahlreicher Ausnahmen. Als wichtigste Schutzmaßnahme ist endlich vorgeschrieben, daß vor dem Beginn der täglichen Arbeitsschicht für jeden Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden liegen muß. Diese Bestimmung findet jedoch auf die Regelung der Wechselschichten keine Anwendung. Ausnahmen sind zugelassen in Notfällen, bei Naturereignissen oder Unglücksfällen, die den regelmäßigen Betrieb eines Werks unterbrechen.

In den Jahresberichten der Gewerbeinspektoren für das Jahr 1909 wurden erstmalig die Wahrnehmungen dieser Beamten über die Durchführung der Vorschriften während acht Monaten mitgeteilt. Ueber diese Beobachtungen wurde in den Nummern 33, 34 und 35/1910 unseres Organs schon ausführlich berichtet. Wir mußten damals unser Urteil über die Wirksamkeit der Schutzvorschriften der Bekanntmachung dahin zusammenfassen:

„In allgemeinen muß aber auf Grund der bisherigen praktischen Erfahrungen und der Beobachtungen der Gewerbeaufsichtsbeamten gesagt werden, daß die Bundesratsverordnung dem wirklich bedingenden Bedürfnis nach Schutz für Leben und Gesundheit der Hüttenarbeiter noch lange nicht genügen kann. Die vielen seitens der Behörden bewilligten Ausnahmen und fortwährenden Uebertretungen der Vorschriften machen die ohnehin ungenügenden Bestimmungen noch wirkungslos, sodaß die von unserm Verband stets erhobene Forderung nach einem viel besseren Ausbau des Arbeiterschutzgesetzes in der Großeisenindustrie vollumfänglich erfüllt ist.“

Nach dem, was jetzt durch die Berichte der preussischen Gewerbeinspektoren über die Durchführung und Beobachtung der Schutzbestimmungen im Jahre 1910 bekannt wird, können wir dieses Urteil leider nicht im geringsten einschränken. Aus den Berichten für das Jahr 1910 ergibt sich noch eine sehr erhebliche Zunahme der Überstunden und der Sonntagsarbeit in der Großeisenindustrie. Professor Dr. E. Franke stellt in der „Sozialen Praxis“ die Hauptziffern für den Vergleich in den beiden Jahren 1909 und 1910 gegenüber. Danach waren:

1909 (Beobachtungszeit rund 8 Monate) in der Großeisenindustrie Preussens durchschnittlich in den regelmäßigen Arbeitsschichten beschäftigt fast 183 000 Arbeiter, davon leisteten monatlich 73 000 = 40 vom Hundert Ueberarbeit mit insgesamt 8 1/2 Millionen Stunden, was auf das ganze Jahr 1909 berechnet rund 13 Millionen Ueberstunden ergibt.

1910 dagegen war die Arbeiterzahl auf etwa 195 000 gesunken, von ihnen leisteten durchschn. täglich monatlich fast 86 000 = 44 vom Hundert Ueberarbeit mit insgesamt 18 1/2 Millionen Stunden, davon 7 1/2 Millionen Stunden an Sonntagen.

Das bedeutet für 1910 eine Steigerung der Zahl der Arbeiter um fast 7 vom Hundert, der Ueberarbeit leistenden Arbeiter um 18 vom Hundert, der Ueberstunden aber um 43 vom Hundert. Also eine mächtige Mehr-einstellung von Arbeitern, eine erhebliche Vermehrung der Gesamt-dauer der Ueberstunden, eine enorme Erhöhung der Gesamtdauer der Ueberstunden, wovon mehr als 40 % auf den Sonntag fallen.

Diese Ueberarbeit ist aber eine Ausgabe zu der ohnehin sehr langen Arbeitszeit. Während nach den Berichten der Gewerkschaften die Arbeitszeit der erwachsenen Männer im allgemeinen sonst mehr und mehr eine Verkürzung erfährt, die häufig bis 9 und 8 Stunden effektiver Arbeitszeit sinkt, herrscht in der Großindustrie Deutschlands fast unbeschränkt die 12 Stundenarbeit, einschließlich Pausen. 8 bis 9 Stundenarbeit hatten bei einzelnen Hochöfen und Walzwerken nur etwa 2300 Arbeiter, 11 bis 11 1/2 Stundenarbeit 1650, 12 1/2 bis 13 Stunden 840 Arbeiter. Mehr als 191 000 Arbeiter in Werken hatten also 12 Stundenarbeit, ganz abgesehen von den Wechselschichten. Dabei wird hier und da erwähnt, daß noch eine Verlängerung der Arbeitszeiten beabsichtigt wird. In regelmäßigen Tag- und Nachtschichten werden gemeist 50 bis 60% der Arbeiter, aber auch (in den Regierungsbezirken Trier und Tachen) 65 bis 78% beschäftigt.

Von Interesse sind auch die Ermittlungen über die Dauer der Ueberarbeit im einzelnen. Am häufigsten sind hier die Fälle von 1 bis 2 stündiger Dauer, diejenigen von mehr als 2 bis zu 6 Stunden sind weniger zahlreich vertreten, wohingegen die Zahlen der Fälle von 5-, 6- und 7 stündiger Ueberarbeit wieder in die Höhe gehen. Der größere Anteil von den letzteren Fällen entfällt auf die Sonntagsarbeit. So betrug beispielsweise die durchschnittliche Dauer der Ueberarbeitszeit pro Mann und Tag im Regierungsbezirk Düsseldorf 40 Minuten bis 1 Stunde an Werktagen und 3 bis 3 1/2 Stunden an Sonntagen. Im Regierungsbezirk Aachen war sie etwas kürzer, ebenfalls im Regierungsbezirk Düssel-dorf 40 Minuten bis 1 Stunde an Werktagen und 3 bis 3 1/2 Stunden an Sonntagen. Im Regierungsbezirk Düssel-dorf 40 Minuten bis 1 Stunde an Werktagen und 3 bis 3 1/2 Stunden an Sonntagen. Im Regierungsbezirk Düssel-dorf 40 Minuten bis 1 Stunde an Werktagen und 3 bis 3 1/2 Stunden an Sonntagen.

Bei den Betrieben mit regelmäßigem Schichtwechsel ergibt es sich von selbst, daß nicht die eigentlichen Feuerarbeiter am stärksten zu Ueberstunden herangezogen werden; solche werden dort meist nur in den Fällen des Ausbleibens oder der Unpünktlichkeit von Arbeitern der abtösenden Schicht erforderlich. Anders liegt die Sache beim einschichtigen Betrieb. Ist genug sind es hier häufig von Aufträgen, Steigerung der Produktion, eingeengte Wohnverhältnisse, der Wunsch nach Mehrverdienst, fehlerhafte Disposition und andere Ursachen, die zur Verlängerung der Arbeitszeit führen. Diese und ähnliche Ursachen tragen auch mit bei zu der Ueberarbeit, die geleistet wird bei Arbeiten wie Reinigung, Reparatur, Fehlung, Instandhaltung, Transport etc.; dazu tritt dann noch der Umstand, daß solche Arbeiten oft im Interesse des geordneten Ganges des Betriebes dringlich und unaufschiebbar sind. So sind es denn auch Heizer, Kesselwärter, Maschinenführer, Schloffer, Kranführer und ihre Gehilfen, Transportarbeiter, Tagelöhner etc., auf denen ein großer Teil der Ueber- und Sonntagsarbeit lastet. Zugegeben, daß die Werke für diese Arbeiter niemals ganz auf Ueberstunden verzichten können, so steht doch andererseits fest, daß vieles, sehr vieles durch eine gute Disposition der Arbeiten und die Einstellung weiterer Hilfskräfte bestritten werden kann. Die Berichte der Gewerbeaufsichts-beamten gehen in dieser Hinsicht manche Fingerzeige an.

Bei Inkrafttreten der Bekanntmachung der Scharf-machertafel bekanntlich ihren Hauptzweck gegen die Festlegung der Pausen. Ein wahrer Sturm von Anträgen ergoß sich auf die Gewerbeaufsichtsbeamten ein um Bewilligung von Ausnahmen bezüglich der Pausenregelung. Wie auf Kommando beantragten damals allein im Bezirk Düsseldorf 30 Firmen mit 42 000 beschäftigten Arbeitern Ausnahmen. Nur 22, meist kleinere Firmen mit 13 400 Arbeitern hatten keine Anträge gestellt. Der Düsseldorfer Beamte bemerkte über diese Anträge in seinem vorjährigen Bericht:

„Die übereinstimmende Fassung der Anträge ließ erkennen, daß das Schema von einer Zentraltabelle ausgeht und den einzelnen Firmen zur Benutzung überlassen war. Daß diese Werke vielfach ohne eine sorgfältige Prüfung der Bedürfnisfrage dieser Anträge gefolgt sind, erhellt daraus, daß auch für zahlreiche Arbeiterklassen eine Ausnahme gewünscht wurde, bei denen die in der Bekanntmachung geforderten Pausen seit langer Zeit bestanden, ja, daß unter den Betriebsabteilungen, für die das Bedürfnis nach Ausnahmen vorlag, auch solche aufgeführt waren, die die antragstellende Firma garnicht be-jagt.“

Auch der Kölner Bericht stellte damals fest, daß Gesuche um Gewährung einer halbtägigen Mittagspause von solchen Werken eingingen, die bis da schon die einständige Pause eingeführt hatten.

Der Sturm der Scharfmacher hat aber leider zur Folge gehabt, daß seitens der Behörden in weitgehendstem Maße Ausnahmen bezüglich der Dauer der Pausen gewährt wurden. Schon im ersten Jahre wurde für die verschiedenen Be-zirke große Ungleichheit in diesem Punkte konstatiert. Im nun auch im zweiten Jahre der Wirksamkeit der Bestim-mungen auf manchen Werken durch die Einwirkung der Ge-werkschaften eine größere Regelmäßigkeit in der Einhal-tung der Pausen erzielt worden, so hat auf anderen wieder die Verhinderung der Scholungszeiten noch zugenommen. Be-sonders auffällig ist dies im Regierungsbezirk Trier ge-wesen. Hier wurden im Jahre 1909 bei insgesamt 24 364 Ar-beitern die Hauptpausen für 3176 Arbeiter = 14 Prozent der Gesamtzahl teilweise sehr stark verkürzt; im Jahre 1910 hatte sich die Zahl der Arbeiter auf 25 440 erhöht, Verkürzung der Hauptpausen aber wurden bewilligt für 5367 Arbeiter = 20 Prozent der Gesamtzahl; dabei erfuhr gerade die weitest-gehende Einschränkung der Pausen (bis auf 1/2 Stunde) die größte Ausdehnung. Die Einschränkung der Pause auf 1/2 Stunde wurde 1909 nur für 815 Arbeiter bewilligt, 1910 aber für 2058! Ueber die Gründe dieser Verschlechterung schweigt sich der Bericht aus.

Das ist in der Tat eine bedauerliche Erscheinung. Es zeigt sich aber auch hier wieder, wie unumgänglich notwendig es ist, daß sich die Arbeiterchaft der schweren Industrie

auch wirklich einmal zur gewerkschaftlichen Betätigung auf-rafft. Das ganze Vorgehen der Scharfmacher ist darauf an-gelegt, die geringen Schutzbestimmungen der Bekanntmachung durch allerlei Manipulationen als „undurchführbar“ hinzus-tellen. Da dürfen diese Arbeiter nicht länger mehr unaktiv zuschauen, sondern sie müssen selbst mit Hand anlegen zur Besserung der unbilligen Zustände, unter denen sie leben. Durch Massenanschluß an den christlichen Metallarbeiterver-band können sie es ermöglichen, dem sozialen Fortschritt auch in die Betriebe der Großindustrie hinein eine Gasse zu haufen. (Schluß folgt.)

Zer Stüt der Agl. Württembergischen Hüttenwerke vor den Agl. Ständen.

Die diesjährigen Verhandlungen über die Agl. Württem-bergischen Hüttenwerke in den beiden Kammern haben einen Umfang und eine Bedeutung angenommen, daß sie auch über den lokalen Rahmen hinaus allgemeines Interesse beaus-spruchen dürften. Die zweite Kammer hat sich in drei Sitzungstagen im Finanzausschuß in 2 1/2 Sitzungstagen im Plenum eingehend mit den Verhältnissen der Hüttenwerke befaßt. Auch die erste Kammer brauchte zur Behandlung im Plenum 1 1/2 Sitzungen. Daraus geht schon hervor, daß die Agl. Stände diesem Teil ihrer Beratungen eine besondere Bedeutung zumessen, was noch bei der vorerwähnten und ge-drängten Geschäftsfrage beider Kammern sehr anerkanntwert ist. Die Agl. Württembergischen Hüttenwerke gliedern sich in eine Reihe von Werken in verschiedenen Teilen des Landes. Das größte ist das Werk Wasserfallingen mit jetzt 1200 Ar-beitern. Die diesjährigen Beratungen erstreckten sich über fol-gende Hauptpunkte: 1. Die finanziellen und tech-nischen Verhältnisse der Werke im allgemeinen. 2. Die Arbeitsverhältnisse. Was den ersten Punkt betrifft, so handelte es sich in der Hauptsache um die Frage der Aufhebung oder Erneuerung des Wasserwerks Wasserfallingen. Auf dem letzten Landtag hatte die zweite Kammer mit den Stimmen der Volkspartei, der National-liberalen und Sozialdemokraten die Aufhebung des Wasserwerks beschlossen. Die erste Kammer ist aber dem Beschluß nicht beigetreten, sondern hat den Beschluß gefaßt:

Die Agl. Staatsregierung zu ersuchen, 1. zunächst noch genaue Berechnungen darüber anzu-stellen, wie hoch sich eine zeitgemäße Erneuerung des Wa-serwerks jetzt stellen würde und die Kostenanschläge der Reor-ganisation der Pflanzung durch industrielle Sachverständige zu unterstellen; im weiteren sodann genaue Ermittlungen über die Ersparnisse an Kohlen, Arbeitslöhnen und Ab-brand anzustellen, welche sich auf der neugewonnenen Grundlage bei dem bisherigen Umfang des Betriebes, sowie für den Fall einer etwaigen Produktionssteigerung auf das Eineinhalbfache oder auf das Doppelte ergeben würden; 2. nach Beendigung dieser Arbeiten und Ermittlungen aber der Agl. Regierung anheimzugeben, ob sie das Werk zu einem modernen Betrieb umgestalten oder dasselbe ganz einstellen will.

Von der zweiten Kammer ist der Beschluß gefaßt worden: a) dem Beschluß der ersten Kammer zu Ziffer 1 zu-zustimmen; b) anstelle der Ziffer 2 zu beschließen: Von dem Er-gebnis dieser Arbeiten den Ständen vor dem 1. April 1910 Mitteilung zu machen.

Entsprechend dem ersten Teil dieser Beschlässe sind dann von der Regierung die zu deren Ausführung erforderlichen Schritte eingeleitet worden. Die Erledigung dieser Angelegenheit hat sich indessen, wie die Regierung an-führte, dadurch verzögert, daß es notwendig wurde, nach-einander die Gutachten von drei Sachverständigen einzuholen, worauf erst dann durch den Vergat die weiteren Ermitt-lungen vorgenommen werden konnten. Das Ergebnis der an-geführten Erhebungen hat sodann die Regierung in einer besonderen Denkschrift den Ständen unterbreitet. Hierüber führt der Berichterstatter der zweiten Kammer, Herr Wg. Nembois-Walen, in der 43. Sitzung im wesentlichen fol-gendes aus:

„Sie werden sich von früher her erinnern, daß unsere Verwaltung davon ausging: wenn man das Wasserwerk Wasser-fallingen erneuern wolle, so daß es auf lange Zeit hinaus Bestand habe, werde ein Aufwand von etwa 1 1/2 Millionen ge-hten sein. Es hat nun der erste Sachverständige, ein Ingenieur Wibelind aus Düsseldorf, nachdem er alles ein-gesehen und von allem Kenntnis gewonnen hat, einen Plan vorgelegt für eine vollständige Erneuerung, also in größerem Maße. Es wären die Gesamtkosten mit dem, was die Regie-rung noch nebenbei berechnet hat, was Herr Wibelind nicht ins Auge gefaßt hat — kleinere Punkte übrigens — auf 1 230 000 M. gekommen. Daraufhin hat die Regierung ein-zweites Gutachten eingeholt, von den zwei Herren Spannagel und Döder: von Spannagel, dem früheren langjährigen Ge-neraldirektor der Aktiengesellschaft Hönig in Düsseldorf. Vor Ihnen liegt das eingehende Gutachten dieser beiden Herren, das aber nur eine teilweise Erneuerung, also in kleinerem Maße, ins Auge faßt. Der Aufwand würde, wenn auch die Zahl nicht genau ist, — die Kosten selbst sind nach dem Gutachten nicht genau berechnet nach der Meinung unserer Verwaltung auf 4 bis 500 000 M. kommen. Endlich wurde ein drittes Gutachten von Dr. Ing. Wilschusen, Mitglied des Direktoriums der Firma Friedr. Krupp in Essen, einverlangt. Er hält nicht alle die Vorschläge von Spannagel und Döder, auf deren Standpunkt er im allgemeinen steht, für geboten, bei dem einen oder anderen ist er vielmehr der Meinung, daß die bisherige Einrichtung noch genüge. Die Gesamt-kosten des dritten Vorschlages würden sich nach Berechnung des heit. Sachverständigen auf nicht mehr als 250- bis 300 000 Mark belaufen.“

Ueber die eventl. Durchführbarkeit der Gutachten führt der Berichterstatter u. a. aus: „Von dem ersten Gutachten wollen wir von vornweg absehen, denn dafür zeigt sich wohl keine Gelegenheit, 1 230 000 Mark herauszugeben, wie denn auch die späteren Gutachten davon abgeraten haben, weil die all-gemeinen Verhältnisse — es kommt das Verhältnis des Schmelzpreises zum Stuckeisen in Betracht, sodann die Mög-lichkeit des Bezugs von Arbeiter und anders — so seien, daß es nicht rätlich wäre, diese großen Aufwendungen zu machen, an denen wir uns früher immer so gekümmert haben. Es können also nur die beiden anderen Gutachten in Betracht, und zwar das man aus ihnen entnehmen, daß diese drei Herren der Meinung sind, daß dieser Aufwand daran getraut werden dürfte. Zwar sind gegenwärtig die Verhältnisse ungünstig, besonders ungünstig; aber damit ist nicht zu rechnen, das es immer so bleibt und jetzt wenn das länger anhält, man

solite, so ist doch gerechtfertigt, daß man diese beschränkten Aufwendungen daran riskieren darf. Ich glaube, das darf ich als Fazit der Gutachten herausnehmen — und die Denkschrift schließt sich dem auch an — daß man das wohl-rückstehen kann. Es sind im wesentlichen (im Ausschluß) die Gründe vorgebracht worden, die schon früher vorgebracht wor-den sind, daß man das Wasserwerk bestehen lassen solle, daß insbesondere die Rücksicht auf die Arbeiter dies verlange, aber auch die Rücksicht auf die einheimischen Abnehmer, die ein großes Interesse daran haben, daß diese gute und tüchtige Arbeit des Wasserwerks, diese Spezialarbeit ihren er-halten bleibe. Dazu kommt, daß dann bei diesen kleineren Verbesserungen das Risiko wirklich nicht groß ist, daß vielmehr Meinerträge, wenn auch in bescheidenem Maße zu erwarten sind, wie ja die Herren Spannagel und Döder von der Möglichkeit, 72 000 M. herauszugeben, sprachen.

Es ist allerdings ein Defizit von 36 000 M. in den letzten Jahren zu, aber nur, wenn man hinzurechnet die General-untkosten sowie Abnutzung und Amortisation. Die General-untkosten aber betragen ungefähr hundert wie das Defizit; sie würden aber nach Abschaffung des Wasserwerks doch bestehen bleiben, weil sie für alle Werke ungeschmälert nötig bleiben, also kann man nach der Denkschrift — und das geht auch aus dem Gutachten hervor — von einem bisherigen Defizit eigentlich gar nicht sprechen. Wenn aber Verbesserungen ge-macht werden, namentlich an Döfen, wenn Ersparnisse an Kohlen, Ersparnisse an Abbrand gemacht werden, und auch wenn die allgemeinen Verhältnisse sich wieder einigermaßen bessern, so läßt sich nach dem Gutachten, nach meiner Auf-stellung wenigstens, ein ganz ansehnliches Erträgnis für die Staatskasse wohl herausarbeiten. Denn man kann an die Schwere der mit der Wfindung der Arbeiter (bei einer evtl. Aufhebung), wegen der ja ein Beschluß von uns vorliegt, wo wir alle einig gehen werden über das Ob, beim Wie bezw. Wieviel aber auf die größten Schwierigkeiten stellen werden; denken wir daran, daß dazu ein größeres Kapital nötig ist, so glaube ich, hat die Mehrheit des Ausschusses doch guten Grund für ihren Antrag gehabt gegenüber den Wünschen, die auf der anderen Seite vorgebracht wurden, die ja auch von früher her bekannt sind und die darin gipfeln, man solle den Teil eines Werks, der wirtlich ist und eben ein-mal krank, nicht hinhalten, sondern vom ganzen weg-schnel-len, weil das vielleicht dem ganzen gut komme.

„Gegenüber hat“ so fährt der Redner weiter aus, „der Ausschluß wohl nicht zu Unrecht den Ihnen vorliegenden Beschluß gefaßt, der eigentlich neutral ist und sich im Wortlaut anschießt an den früheren Beschluß der ersten Kammer zu Ziff. 2:

„Die Agl. Staatsregierung anheimzugeben — unter Weiberführung des Betriebs des Wasserwerks —, Verbesserun-gen im Sinne und im Rahmen des Programms unter Ziff. 3 der Denkschrift in die Wege zu leiten.“

Im Verlauf seiner Rede führte Wg. Nembois-Walen noch an, daß sich auch die Denkschrift der Regierung auf den Standpunkt stellt, daß eine Aufhebung des Betriebes nicht bringlich ist. Auch der Direktor der „Gute Hoffnungs-Hütte“ in Oberhausen, der das Werk von früher her sehr gut kenne, habe ausgeführt:

„Es wäre geradezu ein Fehltriff, wenn der Staat Württemberg das Wasserwerk aufgeben würde.“

Wg. Wieland (natl.), selbst Industrieller, fährt in seinen Ausführungen gegen und für die Fortführung des Wasserwerks Wasserfallingen zusammengefaßt folgende Gesichtspunkte ins Feld:

„In erster Linie spricht gegen die Weiterführung des Wasserwerkes unsere Finanzlage und hauptsächlich das Fehlen eines Reservefonds bei unseren Hüttenwer-ken, der in einem solchen Falle sehr gut als Puffer dienen würde, und ferner das Moment, daß die Summen, die ins Wasserwerk hineingesteckt werden müßten, nicht mehr wieder ver-dient werden können.

Zweitens ist zu nennen der von mir schon angeführte ab-nehmende Absatz und die Verdrängung des Wasser-werksproduktes von Wasserfallingen durch das Flußfeld.

Drittens die Abhängigkeit vom Ateisenmarkt. Während die Ausichtslosigkeit überhaupt eine Rentabilität des Wasserwerks zu erzielen.

Der fünfte ist ein sehr wichtiger Punkt: daß bei einer Er-neuerung der Wasserstraßen unbedingt ein Zugang von Ar-beitern, sei es aus Rheinland oder Westfalen not-wendig werden wird, die eine neue Wasserstraße bedienen können; denn bei den veralteten Einrichtungen, die aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts datieren, sind unsere Arbeiter schlechterdings nicht in der Lage, die rasch arbeitenden neuen Wasserwerke in der richtigen Weise zu be-dienen. (Andre: Sehr wohl!)

Für die Fortführung des Wasserwerkes sprechen:

Erstens die Rücksicht auf die in unserem Land von dem Wasserwerk Wasserfallingen einigemmaßen abhängige Pri-vatindustrie. Es haben sich die interessierten Indu-striellen schon das letzte Mal durch eine Eingabe vernach-sen lassen, sie sind, glaube ich, auch wiederholt bei der Regierung vorstellig geworden und haben auch schon eine ganze Reihe Ab-gewandte mit ihren Anliegen vertraut gemacht. Ich glaube, wenn die Regierung darauf hinansieht, die Lebensfähigkeit des Wasserwerks zu prüfen, so wäre es unbedingt angebracht, daß sie sucht, mit diesen Abnehmern langfristige Verträge abzuschließen, damit das Wasserwerk in Wasserfallingen ein-zigermaßen gesicherten Absatz hat, oder vielmehr kann die Regierung in die Erwägung darüber eintreten, ob es möglich ist, den interessierten Firmen das Wasserwerk in Pacht zu geben. Dann sollen es die Firmen selbst weiter betreiben.

Der zweite Punkt, der für die Fortführung des Wasserwerks spricht, ist die schwierige Frage der Wfindung der in dem Wasserwerk schon Jahrzehnte beschäftigten Ar-beiter.

Meine Freunde und ich sind nun der Meinung, daß man die Entscheidung in diesen schwerwiegenden Fragen der Regierung überlassen soll, und wir haben uns deswegen entschlossen, dem Antrag beizutreten, den der Herr Berichterstatter im Finanzausschuß gestellt hat, durch welchen der Agl. Regierung anheimgegeben ist, was sie nach Maß-gabe der Denkschrift machen will. Ich möchte ganz besonders darauf hinweisen, daß die Regierung in der Lösung dieser wichtigen Frage die volle Verantwortung zu tragen hat, und daß wir es ablehnen müssen, die Verantwortung für die Lösung der Frage, die nun schon jahrzehntelang schwebt, und end-lich zu einem Ende geführt werden sollte, unsererseits der Regierung abzunehmen. Aber ich möchte nochmals der Regie-rung sehr zu erwidern geben, ob es sich lohnt, auf ein Werk, das im Wasserwerk begriffen ist, — das ist durch stän-dige Gutachten zweifellos nachgewiesen —, noch größere Sum-men auszugeben.“

Im Verlaufe seiner sonstigen Ausführungen führte Herr Abg. Wieland noch den Ausdruck eines Geheimen Regierungsrates und Professors an der Technischen Hochschule in Kachen an, der selbst früher in Wasserfällen tätig war. Dessen Inhalt gehe dahin: „das einzig Richtige sei, das Maßwerk Wasserfällen einzustellen (Zurufe von mehreren Seiten, rechts: Oh! — links: Sehr richtig!), die beiden verbleibenden Betriebe zu sanieren und sich hauptsächlich auf die Anfertigung von Spezialitäten, ähnlich wie Königsdraht und Lubwigetal, zu werfen.“

Weiter wies der Redner noch auf das Beispiel des Staates Bern in der Frage der Überlandzentrale hin, der mit den Bernischen Werken, die in Privatbesitz waren, eine Aktiengesellschaft gegründet habe, bei dem der Staat Hauptbeteiligter ist und bemerkte dazu: „Ich möchte diesen Vorgang der Regierung zu besonderer Beachtung empfehlen.“ (Zuruf des Abg. Raab: „rechten Sie Mitleid — Heiterkeit.“) In seinen Schlussausführungen stellte der Redner noch eine Betrachtung an über die kaufmännischen Gesichtspunkte bei dem Betrieb der Hüttenwerke und übte Kritik an der bisherigen Praxis. Er forderte vor allem die Einführung der kaufmännischen Buchführung und Verwaltung der Hüttenwerke anstelle der kameralistischen. (Zuruf: folgt.)

Anwälte des Klassenkampfes.

Bei jedem Streit und besonders bei Ausperrungen gibt es Indifferente, denen erst größere Bewegungen den Weg zur Organisation zeigen müssen. Viele dieser Kollegen sind auch ehrlich genug, wenn sie den Nutzen der Organisation erfahren haben, ihr treu zu bleiben, um so für ihre Zukunft und für einen sicheren Nahrung zu sorgen. Neben diesen gibt es aber auch eine Anzahl Leute, die es sich wohl angelegen sein lassen, von den Gewerkschaftsorganisationen Unterstellungen zu nehmen, denen es aber dann nicht einfällt, gegenüber den alten Gewerkschaften sich dafür erkenntlich zu zeigen, indem sie durch Begleichung der Beiträge ihren Verpflichtungen nachkommen und an der Hebung des Standes mitarbeiten. Tausende und Abertausende Arbeitergroßen, die in jahrelanger Mitgliedschaft von sauerverdienendem Lohne in den Gewerkschaftslisten zusammengefasst wurden, werden von diesen Klassenkämpfern eingestrichelt, die noch keinen Pfennig für die Organisation und damit zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage bezahlt haben.

Ein Kassierer, der es gewissenhaft mit der Verwaltung der ihm anvertrauten Arbeitergroßen meint, der überzeugt ist von der Verantwortlichkeit, die er mit dieser Verwaltung übernimmt, wird nicht ohne weitere Mühsal jedem neu aufgenommenen vielleicht hunderte von Mark ausbezahlen. Jeder ehrliche und anspruchsvolle Mann wird dem Kassierer darin auch nur recht geben.

Vor dem Amtsrichter in Durlach hat der „berühmte“ Herr Borchgrevink vor dem Amtsrichter in Pforzheim hat es sein Kollege Samann beklagt, dass der Brante Pöfster vom sozial. Metallarbeiterverband während der Pforzheimer Ausperrung Leute zum christlichen Metallarbeiterverband geschickt hat, um den Christlichen Klassen zu stellen und sie heranzuführen. Weil wir die Fähigkeiten der sozial. Gewerkschaftsführer in dieser Beziehung kannten, waren wir vorsichtig. Es wäre doch zu schön gewesen, wenn man einen Teil der Mitglieder einfach hätte zu den verhassten Christlichen Klassen führen, als der bekannte „Dillbühne“ des sozial. Verbandes immer schmaler wurde. Jeder Neueinsteiger müsste deshalb folgende Erklärung unterschreiben, deren Inhalt und Sinn fast in jeder Versammlung besprochen wurde:

Das unterzeichnete Mitglied des „Christlichen Metallarbeiterverbandes“ erklärt hiermit, dass es bei einer anderen Gewerkschaftsorganisation Mitglied ist, und beizufolge von seiner solchen Unterzeichnung bezieht.
Ferner erklärt dasselbe, dass es nur unter obiger Voraussetzung während des Streiks und der Ausperrung in der Bijouterieindustrie in Pforzheim vom Christlichen Metallarbeiterverband Unterzeichnung bezieht.
Das unterzeichnete Mitglied erklärt, dass es die erhaltene, nachstehend bezeichnete Unterzeichnung als persönliches Tauschen des Herrn Eduard Herzog in Durlach betrachtet, und dasselbe wieder zurückbezahlt, falls es vor Ablauf von 3 Jahren wieder aus dem Christlichen Metallarbeiterverband austritt.

Pforzheim, den 1911
Unterschrift:

Es folgen die Quittungen über die erhaltenen Unterzeichnungen.

Niemand, der auf eine geordnete Verwaltung der Verbandsgebel Wert legt, wird etwas dagegen einwenden können, wenn sich unser Kassierer für die von ihm verwalteten Gelder Sicherung verschafft. Vor allem wird es keinen alten Gewerkschaftler geben, der sich empört, wenn ein Kassierer auf diese Weise seine ihm anvertrauten Arbeitergroßen vor untüchtigen Empfängern schützt. Anders jedoch die sozial. Metallarbeiterzeitung, wie wir in der vorigen Nummer schon sagten; anders auch die Pforzheimer „Freie Presse“, „Arbeiter der „Gewerkschaftler“ und sozialdemokratische „Arbeitersekretär“ Herr Dietrich. (!) Zu einem langen Artikel der „Freien Presse“ wird in dem bei Genossen üblichen rüden Tone über den Christlichen Metallarbeiterverband hergezogen.

Nicht genug, dass sich die freie Presse und besonders der Herr Dietrich als Anwälte dieser „unzuverlässigen“ Kantonsisten, wie die Klassenkämpfer in demselben Artikel genannt werden, aufspielen, es müssen auch noch dazu Unwahrheiten behauptet werden, was das Zeug hält. Im Hand ihres eigenen Geschreibels wollen wir einige der wichtigsten Enten abtun.

Im ersten Satz wird der Anschein erweckt, als ob der Christliche Metallarbeiterverband seine Versprechungen während der Ausperrung nicht gehalten habe. Es wird aber dann eine Quittung eines vom sozial. Verband übergetretenen Arbeiters veröffentlicht, nach welcher derselbe während 4 Wochen vom Christlichen Metallarbeiterverband 68 M. Streikunterstützung bezogen hat. Der Betreffende (den Namen wollen wir vorläufig verschleiern), der noch in der zweiten Woche des Dezembers 1910 vom sozial. Verband seinen Beitrag bezahlte, hat laut Streikunterstützung während seiner dortigen Mitgliedschaft fast drei Wochen gestreikt, aber vom sozial. Verband keine Unterstützung erhalten. Heute zählt er wieder zu den Schülern der freien Presse!

Eine Unwahrheit ist es ferner, dass einer Kollegin verprochen worden sei, es würden ihr die im roten Verband bezahlten Beiträge angerechnet. Die Sozialisten erklärten: Ich

Vater habe ihr Mitgliedsbuch verbrannt. Als sie dasselbe nach der Ausperrung dennoch brachte, zeigte sich, dass sie seit Juli dort keine Beiträge mehr bezahlt hatte. Es war also ein birtliches Anrechnen der Beiträge ausgeschlossen.

Eine böswillige, fauchende Unwahrheit ist es aber, wenn in der freien Presse behauptet wird, wir wollten unsere Mitglieder nach Warenhausmanier an den Verband fesseln; denn es geht aus dem ebenfalls veröffentlichten Mahnschreiben unsererzeit zur Genüge hervor, daß wir nichts bagegen haben, wenn solche „ehrbaren“ Elemente unserem Verbande den Rücken kehren. Sie sollen dann aber wenigstens die zu Unrecht erhaltenen Gelder zurückgeben. Solche Mitglieder überlassen wir dann herzlich gern dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Eine weitere Unwahrheit ist es, daß wir Dankschreiben und Auerbüchlein solcher Mahnschreiber verschickt hätten. Nicht einmal ein Dankschreiben haben die Herren aufweisen. Jedenfalls haben sie an die Hunderte ähnlicher Briefe gedacht, die vom sozial. Verband verschickt wurden.

Mit dem wollen wir es vorläufig genügen lassen. Jedermann sieht daraus, daß die Herren Obergewissen es „weil“ gebracht haben. Mit den unsaubersten Manipulationen, mit Lüge und Schwindel müssen sie versuchen, ihr gesunkenes Renommee auf Kosten anderer wieder zu heben. Die übrigen Bemerkungen über Geschäftsgebahren usw. sind auch wirklich so albern, daß wir sie den Lesern schenken wollen, obwohl genügend Material zu einer ziemlich kräftigen Wsfulur vorliegt.

Mehr wie eine halbe Million Mark hat der sozial. Metallarbeiterverband in der hiesigen Ausperrung nutzlos verpulvert. Von den 13- bis 14000 Mitgliedern, von denen während der Ausperrung die Rede war, hat er am 1. Januar 1911 nach eigener Abrechnung noch 8938. Weitere Hunderte haben ihm seitdem den Rücken gekehrt. Hier sind sicher Tausende Mark in die Hände der Unwürdigen gewandert. Die Mitglieder sollen sich aber bei ihren „führernden“ Beratern bedanken, daß es in diesem „großartigen“ Verband mit dem verhältnismäßig kleinen Reservofonds nirgends zureichend will. Was werden die alten Mitglieder des sozial. Verbandes sagen, wenn man von „oben“ her die Klassenkämpfer so sehr in Schutz nimmt. Wir wünschen nur, daß die sozial. Presse den Artikel recht weit verbreitet. Damit wird den eigenen wertvollsten Mitgliedern am besten gezeigt, daß man im christlichen Metallarbeiterverband darauf bedacht ist, daß die Arbeitergroßen richtig verwandt und nicht vergeudet werden.

Doppelte Portionen

Erhalten in diesem Jahre die Gelben der Burbacher Hütte in Saarbrücken für den Bericht auf ihr Koalitionsrecht. Die „Arten“ Dienste der Gelben wurden im Jahre 1909 von der Süddeutschen mit 150 000 M. „prämiiert“. Im vorigen Jahre bezahlte die Hütte für das Koalitionsrecht der Gelben schon 25 000 M. mehr und in diesem Jahre wird der Bericht auf das Koalitionsrecht mit 300 000 Mark bezahlt. Diese letztere Summe hat nach der Mitteilung des Generaldirektors Weisbör die Hütte in diesem Jahre ihrem Werkverein zur Verteilung unter seine Mitglieder überwiesen. Der Wert des Koalitionsrechtes der Arbeiter ist also in den Augen der Hüttengewaltigen in zwei Jahren um 100 Prozent gestiegen. Dabei ist aber noch zu bedenken, daß unsere Industriellen gediegene Kaufleute sind und bei dieser Taxierung noch ein gutes Geschäft machen wollten. Und diese 300 000 Mark verlieren sich in der Tat. Die Gelben verzichten dafür auf ihr Koalitionsrecht, auf jede Geltendmachung ihrer eigenen Meinung und werfen ihre „Menschenrechte“ eigenhändig in die gelbe „Kumpfkammer“. Auf- und willenlos sind sie so der Willkür der saarbrückischen Machthaber preisgegeben.

Die Burbacher Hütte zahlt seit dem Jahre 1897 jährlich eine Gratifikation an ihre Arbeiter aus. Seit dem Jahre 1906, dem Gründungsjahre des gelben Werkvereins, aber wird diese Gratifikation nicht mehr an alle Arbeiter, sondern nur unter die Mitglieder bezogenen gelben Vereins verteilt. Nach besten Sätzen können nur solche Arbeiter Mitglied des Werkvereins werden, welche keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. In diesem Jahre sind noch eine Anzahl Arbeiter aus dem gelben Verein ausgeschlossen worden, weil sie als Gäste an — dem Kartellfest der christlichen Gewerkschaften Saarbrückens teilgenommen hatten. Wenn man nun bedenkt, daß die Arbeiter der Burbacher Hütte in der Gratifikation von Anfang an einen Teil ihrer Entlohnung erdient, kann man auch verstehen, welche Gefühle die Handlungswaise der Hütte bei der Mehrzahl der Arbeiter auslöst. Sie wollen an den oft betrüblichen Teil ihres Jahreslohnes nicht verzichten und schließen sich mit Widerwillen dem gelben Verein an. Die Höhe der Gratifikation an die Mitglieder des Werkvereins richtet sich nach den auf der Hütte zugebrachten Dienstjahren. Wer nur einige Jahre auf der Hütte beschäftigt ist erhält nur einige Mark; ein Arbeiter mit 30 und mehr Dienstjahren erhält von den 300 000 M. in diesem Jahre seine 150—200 M., wenn — er im gelben Werkverein Mitglied ist und auf sein Koalitionsrecht und sonstige Menschenrechte verzichtet. Hieraus geht hervor, daß ein Arbeiter mit vielen Dienstjahren auf einen ganz enormen Teil seines Jahresverdienstes verzichten muß, wenn er sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließt. Eine brutale Unterdrückung des Koalitionsrechtes der Arbeiter kann man sich wohl kaum denken.

Es handelt sich also bei den gelben Werkvereinen nur um Zwangsorganisationen, die in dem Augenblick wieder zusammenbrechen werden, wo die Arbeitgeber die Menschenwürde ihrer Arbeiter achten und ihre Freiheit respektieren werden. Man konnte es den armen Arbeitern von Burbach bei Gelegenheit des genannten Festes der Gelben auf den Gesichtern ansehen, daß sie nur dem Zwange sich beugen und nicht aus Überzeugung den gelben Himmeln mitmachen. Sichtlich niedergeschlagen und sich ihrer Rolle schämend, zogen die Mitglieder des Hüttenvereins Burbach bei dem Fest über die Straßen Saarbrückens. Gar mancher trug sich wohl mit der stillen Hoffnung: Auch für uns muß einmal der Tag der Freiheit, der für so viele Arbeitsbrüder an der Saar schon da ist, anbrechen.

Aus der gelben Presse des Herrn Generaldirektors sei folgendes hervorgehoben: „Das neue Jahr hat auch schon Folgen für unsere Gewerkschaften gebracht, sind doch allein auf den Kruppischen Werken 6000 Arbeiter der Gewerkschaft beigetreten, der beste Beweis dafür, daß die Arbeiter selbständig werden.“ (Saarbrücker Zeitung vom 4. 9. 11.) Hierzu sei bemerkt: Es entspricht zunächst mal gerndt den Tatsachen, daß auf den Kruppischen Werken 6000 Arbeiter im gelben Werkverein organisiert sind. Es waren nach Nr. 948

der „Säulischen Zeitung“ nur 4500 Arbeiter am 1. Juli 1911 in dem gelben Verein bei Krupp organisiert. Sicher liegt es der „Säulischen Zeitung“ fern, Zahlen, die die „Stärke“ der Gelben betreffen, nach unten abzurunden. Warum sagt nun der gelbe Redner seinen „Getreuen“, bei Krupp seien 6000 Gelbe? Stellt sich aus dem Grunde, um den gelben Zwangsmitgliedern in Burbach „Mut“ zu machen?

Wenn Herr Generaldirektor Weisbörf nun weiter „glauvt“, die zahlenmäßige Stärke der Gelben verriere das Selbständigwerden der Arbeiter, so werden ihm das die gelben Himmeln wohl nicht einmal glauben. Sicher wird dem Herrn selbst auch in dieser Beziehung der Glaube fehlen, oder versteht er vielleicht unter selbständigen Arbeitern jene, die ihrem Meister ihr Mitgliedsbuch vom christlichen Metallarbeiterverband — gegen ihren Willen — abgeben, um so in den Hüttenverein zu kommen. Solche Fälle sind gerade auf der Burbacher Hütte ungefähr 800 zu verzeichnen.

Ist dem Herrn Generaldirektor Weisbörf nicht bekannt, daß mehrere Hundert seiner Arbeiter, die von den Meistern Tag für Tag gepeinigt wurden, weil sie dem christlichen Metallarbeiterverband angehörten, auf dem Bureau dieses Verbandes erschienen und sich unter Tränen ein neues Mitgliedsbuch erbaten? Das alte Buch hatten sie, dem Zwange folgend, ihrem Meister abgegeben, um so auch in dem Verein der „selbständigen“ gelben Himmeln zu kommen. Eine Organisation, die sich aus solchen armen Arbeitern zusammensetzt, bezeichnet „man“ als ein Zeichen des „Selbständigwerdens“ der Arbeiter. Höher gehts nimmer! Wir möchten den Beobachtern der Gelben empfehlen, ihren Arbeitern einmal vollständige Selbständigkeit und Freiheit in ihrer Betätigung außerhalb des Betriebes zu gewähren, dann werden sie sehen, daß die gelben Werkvereine schon in einigen Tagen in das Reich der Vergangenheit überleben werden.

Zu behaupten ist aber vor allem, daß an den Festen der Gelben in Saarbrücken-Burbach, auch die kommunale und selbst kirchliche Behörden teilnahmen. Personen wollen wir hier nicht nennen. Es sei aber doch hervorgehoben: Denken der Arbeiter ist es unverständlich, daß Behörden sich dazu herablassen können, die Arbeitererleichterungsbestrebungen sarrabischer Industrieller durch offizielle Teilnahme an solchen Veranstaltungen gewissermaßen zu sanktionieren. Unseren Kollegen im Saarrevier, besonders denen auf der Burbacher Hütte raten wir zu: Arbeitet und werbet unermüdet weiter für die Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes — umso eher werden auch im dortigen Bezirk andere Verhältnisse geschaffen werden können.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die Erneuerung des Buchdruckerartikels

Ist man nach 14tägigen Verhandlungen im Tarifauschuß perfekt geworden. Jetzt werden die Kreisversammlungen draußen im Lande sowohl auf Geschäften wie Prinzipalsseite das Ergebnis der Beratungen besprechen, wobei noch manche Schwierigkeiten hervortreten dürften. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei einem solchen weitumfassenden Vertragswerk nicht alle befriedigt werden können. So wird auch an den neuen Vereinbarungen materieller Art haben und darüber noch scharfe Kritik geübt werden.

Was die organisatorische Seite der Frage anbetrifft, so ist die vom Guttenbergbund im Einklang mit der gesamten christlichen Arbeiterbewegung vertretene Forderung, daß der Guttenbergbund als gleichberechtigter Vertragskontrahent in die Tarifinstanzen einbezogen und her bisherige ungerechte Zustände, daß eine tariffreie Minderheitsorganisation ausgeschlossen ist, endlich beseitigt würde, nicht verworfen worden. Es ist nur ein Beschluß zustande gekommen, daß der Guttenbergbund im Tarifauschuß beratende Stimme erhalten und im Tarifamt in Fragen, die ihn betreffen, gehört werden soll.

Das ist zwar ein kleiner Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, mit dem sich die christliche Arbeiterbewegung jedoch nicht zufrieden geben kann. Sie legt gegen die Intoleranz des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, der sich mit aller Macht gegen die Anerkennung der christlichen Buchdruckerorganisation gestemmt und unerklärlicher Weise vom Prinzipalsseite nur schwachen Widerstand gefunden hat, mit aller Entschiedenheit Protest ein. Es handelt sich hier nicht um eine spezifische Berufsauslegenheit, sondern um eine Sache, die öffentliches Interesse beansprucht und von weittragender Bedeutung ist. Die christlichen Gewerkschaften werden deshalb die Angelegenheit weiter verfolgen und demnächst ihre Stellungnahme näher präzisieren.

Die Kundgebung des deutschen Arbeiterkongresses

Gegen das sozialdemokratische Spiel mit dem politischen Massenstreik hat in der sozialdemokratischen Presse wie eine Bombe eingeschlagen und läßt sie noch immer nicht zur Ruhe kommen. In seiner Nr. 221 vom 21. September kommt der „Vorwärts“ — und nach ihm die übrige sozialdemokratische Presse — nochmals mit einem Leitartikel unter der Ueberschrift: „Eine ärmlich verlogene Veranstaltung“ auf die Angelegenheit zurück, um die Kundgebung und deren Bedeutung herabzusetzen. Das sozialdemokratische Blatt versucht die mit dem Einwand, daß nur einige Ausschussmitglieder die Veranstalter der Kundgebung wären. Es glaubt sich dabei auf einige Schriftstücke berufen zu können, die zwischen den leitenden Persönlichkeiten der christlich-nationalen Organisationen gewechselt und — nebenbei bemerkt — nachher von Herrn Dr. Weber im Evangelischen Arbeiterboten veröffentlicht wurden. Die besagten Schriftstücke enthalten nun eigentlich nichts, was die Deffektivität nicht vertragen könnte.

Der sozialdemokratischen Presse wird es jedoch nicht gelingen, mit ihrem vorhin angeführten Einwand die Bedeutung der Kundgebung herabzumindern. Gewiß, sie wurde von einigen Mitgliedern des Ausschusses veranstaltet, aber unter Zustimmung der angeschlossenen Organisationen veröffentlicht. Und daß die Organisationen, die dem deutschen Arbeiterkongreß angehören, mit dem vorgehen einverstanden sind, beweisen die Anstellungen der Verbandsleiter und die vielen sonstigen Zustimmungskundgebungen draußen im Lande. Der „Vorwärts“ und seine Nachfolger haben trotz eifrigem Suchen noch keine Stimme im christlichen Arbeiterlager aufreiben können, die sich gegen die Kundgebung gerichtet hätte. Das sozialdemokratische Zentralorgan greift in Ermangelung dessen auf eine Aufklärung des Herrn Roth vom alten württembergischen Eisenbahnerverband zurück, der 1907 den Berliner Arbeiterkongreß als eine „innerlich verlogene Veranstaltung“ beschimpft hatte. Herr Roth ist, kann in den Nrn. 14, 16 und 19 des Zentralblattes vom vorigen Jahre nachgesehen werden. Mit dieser Methode — die Neugierigen eines Witzergünstigen, der

vor dem Hinandruf aus einer Bewegung steht, als zu messende Beurteilung einer ganzen Bewegung hinzustellen — kann man jederzeit die Sozialdemokratie als Ausbund aller Schlichtheit nachweisen. Denn keiner Bewegung sind von Märgern, Bergräten, Nörglern und Querknebeln aus dem eigenen Lager schon so gravierende Vorwürfe und vernichtende Urteile entgegen geschleudert worden wie der Sozialdemokratie. Sein schlechtes Gewissen in der Marokkofrage verrät der „Vorwärts“ wider Willen selbst in seinem letzten Artikel. Die Urheber der Kundgebung, so meint er, hätten ihr „verlogenes Nachwort“ mit so großer Eile veröffentlicht, um nachher sagen zu können, die Sozialdemokratie habe „gewant durch die christlich-nationalen Kundgebung, nachträglich ihre Haltung geändert“.

Der Kluge baut vor, hat der „Vorwärts“ hierbei jedenfalls gedacht. Denn es ist eine offenkundige Tatsache, daß die Sozialdemokratie in Wirklichkeit ihre Haltung geändert hat, daß sie vor dem nationalen Empfinden des deutschen Volkes vorzüglich zurückgegriffen ist. Man vergleiche nur die Tonart der Reden auf der Dresdener Demonstration und dem Jenaer Parteitag, die aufreizenden Reden der Herren Mümmel, Diebmeier u. a. mit dem diplomatischen Lavierens Webers in seiner Rede in Jena. Am heftigsten zeigte sich diese Wandlung in der Tonart der sozialdemokratischen Presse. Mit dem größten Recht kann man sagen, daß diese Wandlung zum Teil auf den energischen Einspruch aus christlich-nationalen Arbeiterkreisen zurückzuführen ist. Daß der „Vorwärts“ dieser Schlussfolgerung mit einer Unterstellung vorzuziehen sucht ist der beste Beweis für sein schlechtes Gewissen. Der Sozialdemokratie wird es nicht gelingen, die Schmach ihres arbeiterverächterischen und vaterlandsfeindlichen Verhaltens in der Marokkoangelegenheit abzumachen. Daß sie nachher aus nationalistischen Erwägungen zurückhafte, beweist nur ihre Grundlosigkeit und innere Verlogenheit.

Konferenz der christlichen Gewerkschaften für das Minden-Ravensberger und Lipperland.

Am Sonntag den 8. Oktober fand in Bad Deynhausen eine Konferenz der Kreisstellen der christlichen Gewerkschaften für das Minden-Ravensbergerland und Lippe statt. Vertreten waren aus 16 Zentralverbänden 7340 Mitglieder durch 188 Delegierte. Gewerkschaftssekretär Kollege Dörhoffel-Bielefeld erstattete Bericht über die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften im Bezirk und des auf einer früheren Konferenz gemachten Ausblickes. Die Bildung des Arbeiterverbandes wurde als eine Hauptaufgabe angesehen. Es sind dazu im letzten Winter zahlreiche Unterrichtskurse abgehalten worden. Diese haben den Mitgliedern manches Wissen in wirtschaftlichen, sozialen und Verfassungsfragen vermittelt. In 16 Versammlungen ist über die Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung geredet worden. Der heutige Stand der Bewegung ist nach harten Kämpfen mit den Gegnern erreicht. Die geführten Lohnbewegungen sind bis auf einen kleinen Bruchteil alle erfolgreich für die Arbeiter beendet. Ferner wurden mehrere Eingaben an die Behörden gemacht. Genannt seien die Eingabe an den Magistrat der Stadt Gütersloh betr. Einrichtung eines Gewerbegerichts und die Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten betr. Beschäftigung der durch die Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Zigarrenarbeiter.

Ueber die nächsten Aufgaben im Bezirk sprach Gewerkschaftssekretär Jumbroo-Hannover. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß für Schaffung stabiler Verhältnisse gesorgt werden müsse. An praktischen Ratsschlüssen ließ es der Referent nicht fehlen.

Nach einer regen Aussprache erfolgte die Annahme folgender Resolution:

1. „Die starkbesuchte Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften des Minden-Ravensberger und Lipperlandes bewahrt, daß die Errichtung von Gewerbegerichten in Herford, Bielefeld und Gütersloh abgelehnt worden ist, die doch sicher zu einem Bedauern geworden sind. Die Landeskonferenz beauftragt den Vorstand des Bezirksverbands, geeignete Schritte zu unternehmen, damit doch für die genannten Kreise endlich Gewerbegerichte errichtet werden.“

2. „Die versammelten Vertrauensleute aller Berufe nehmen mit Bedauern Kenntnis von der durch den Beschluß der Zigarrenfabrikantenverband eingeleiteten Tabakarbeiter-Aussperrung. Da es sich hier um einen Vorstoß gegen eine der schlechtesten Arbeitnehmerklassen handelt, verspricht die Konferenz eine kraftvolle Unterstützung der Tabakarbeiter in die Wege zu leiten. Sie nimmt weiter mit Genugtuung Kenntnis davon, daß auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bereits in dieser Frage dahin Stellung genommen hat, den Tabakarbeitern rückhaltlos zu Hilfe zu kommen. Die Vertrauensleute versprechen fernerhin, die noch unorganisierten Tabakarbeiter aufzuklären und sie zum Beitritt zum christlichen Tabakarbeiterverband zu bewegen.“

Das Hauptthema des Tages, „die christlichen Gewerkschaften in der Volkswirtschaft“, behandelte Herr Lic. Mumm-Berlin. Die mit reichem Beifall aufgenommene Rede zeigte, daß im Minden-Ravensbergerlande volles Verständnis für die hohe Mission der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist.

Kundschau.

Sehr ungnädig aufgenommen werden von der „Alltäglichen Zeitung“ Nr. 1113 die Fortschritte des Arbeiterschutzes in Holland. Mit dem Arbeitsgesetz und dem Steinberggesetz sei ein weiterer bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege zum Staatssozialismus gemacht worden. Die Ursache der unwilligen Stellungnahme des holländischen Arbeiterschutzes liegt darin, daß das holländische Arbeitsgesetz den Arbeitern eine größere Nachfrage gibt als das internationale Abkommen vorschreibt. Ganz besonders unfreundlich begrüßt das Blatt das Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen unter 17 Jahren und der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder. Dabei versucht die Köln. Ztg. ihre Stellungnahme noch als von Wohlwollen für die Arbeiter diktiert an den Raum zu bringen. So schreibt sie u. a.:

„Den Einwurf, daß durch das vollständige Verbot von Nachtarbeit viele Arbeiterfamilien zu einem Hungerlohn verurteilt werden würden, glaubte der Minister mit der Bemerkung entkräften zu können, daß dann eben der Lohn des Arbeiters selbst erhöht werden müsse, als ob der Staat nun ohne weiteres dem Arbeitgeber eine Erhöhung des Lohnes vorschreiben könnte; bis eine solche einmal eingetreten ist, müssen die Arbeiter von der theoretischen Lohn-erhöhung leben, wie sie im ethisch-sozialen Programm dieses Ministers geschrieben steht.“

Es ist klar, daß diese Stellungnahme des rheinischen Internationalsorgans nicht weiter bezweckt, als bei uns eine Ausdehnung des Nachtarbeitsverbotes hintanzuschieben. Darauf

aber fallen hoffentlich die maßgebenden Instanzen nicht mehr herein.

Eine Weiterbildung des gewerblichen Einkommens wird aus England gemeldet. Unter dem Einfluss des Einbruchs der jüngsten Arbeitslosigkeit hat die englische Regierung die vorhandenen Einrichtungen zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten erweitert und gestärkt. Wie aus einer Mitteilung des Handelsamtes hervorgeht, beriet sich die Regierung mit namhaften Industriellen und Arbeiterführern über die besten Methoden zur Erhaltung des gewerblichen Friedens. Als Ergebnis der Beratungen ist ein neuer Industrielerat zustande gekommen. Dieser besteht aus dem bisherigen Leiter der Arbeitsabteilung im Handelsamt als Vorsitzenden und je drei-zehn Unternehmern und Arbeitervertretern der verschiedensten Industriezweige wie Eisen- und Maschinenindustrie, Kohlen-gruben, Baugewerbe, Schiffahrt, Baumwoll-, Leinen- und Schuhindustrie, Buchdruckerei und Eisenbahnen. Der Rat ist gebildet, um ihm vorgelegte Gegenstände, die Arbeitszweige betreffen, zu erwägen und zu untersuchen, und insbesondere, um geeignete Schritte zu tun in Sachen von ihm unterbreiteter Streitigkeiten in den Hauptindustrien des Landes oder in Dingen, die die Hilfgewerbe mit in Streitigkeiten verwickeln könnten, oder endlich auch in Angelegenheiten, die die Parteien vor oder nach Ausbruch eines Streiks selbst nicht aus-zugleichen vermögen.“ Der Bereich der Betätigung des neuen Rates ist also so weit wie nur irgend möglich gespannt; es gibt eigentlich keine gewerblichen Streitigkeiten, die er nicht untersuchen und erwägen kann, falls er darum angegangen wird. Von dieser Bedingung hängt seine ganze Tätigkeit ab. Ob mit dieser Einrichtung in Zukunft die grüne Insel von Meßensämpfen gleich den jüngsten verschont wird, muß abge-wartet werden.

Der Zentralverband deutscher Industrieller welcher unter Buedts Führung der Sozialpolitik eine Experi-mentierferien hat er eine Erhebung veranstaltet und kommt auf Grund des gesammelten Materials zu folgendem Schluß:

„In Anbetracht dessen, daß die allermeisten Firmen, welche Urlaubsanträge in irgendeiner Form getroffen haben, diese von einem gewissen Menschen und guter Führung abhängig machen und mit Mühsal darauf, daß die bisherigen Erfahrungen fast ohne Ausnahme als gut bezeich-net werden, schenkt sich die Einführung eines regelmäßigen Jahresurlaubs unter Vorkaufzahlung als ein Mittel zu er-weisen, die Sachverständigen der Arbeiter zu erleichtern und die Heranziehung eines Stammes von älteren bewährten Ar-beitern zu ermöglichen.“

Jedenfalls wird die schwere Industrie, die das Rückgrat des Zentralverbandes bildet, jetzt ungesäumt bei den Feuerarbeiten mit der Gewähr eines Erholungsurlaubes anfangen. Freilich dürfte die Mühsalige Methode, den Urlaub erst nach 15 Dienstjahren zu gewähren, zur Sektierung eines Stammes bewährter Arbeiter völlig unzulänglich sein.

Gute Aussichten für die Eisenindustrie prophezeite der Vorsitzende des Kaiser Eisen- und Stahlwerkes, Herr Kommerzienrat Meißner-Duisburg, auf der letzten Haupt-versammlung dieses Werkes. Nach der „Köln. Ztg.“ führte er u. a. aus: „Die starke Beschäftigung rühre einestheils von den großen Aufträgen her, die die Konstruktionswerkstätten den Eisenwerken laufend übermitteln, dann aber auch in der Hauptsache von dem großen Bedarf, der im Ausland vorhanden sei. Argentinien und Brasilien, die für Stabeisen sehr in Betracht kämen, hätten besonders gute Chancen zu erwarten, und es böten sich demnach für die Ausfuhr nach diesen beiden Ländern günstige Aussichten auch für die weitere Zukunft. Dann seien aber wieder von Hindernis, die lange nichts gebracht hätten, Anfragen am Markt, so z. B. von Kanada, nachdem dort die Verhandlungen wegen der Zoll-berbindung mit den Vereinigten Staaten sich zerfallen hätten. Ferner von Italien und Finnland; auch Japan sei fortwährend am Markt, und auch der Bedarf dieses Landes scheine in der bisherigen Stärke anzuhalten. Die politischen Bewandlungen hätten bisher keine Einbuße des Geschäftes gebracht, im Gegenteil sei gerade aus den letzten Tagen eine Be-lebung im Ausland und ein Anziehen der Preise festzustellen. Die Nachfrage, besonders nach Stabeisen, sei gegenwärtig so stark, daß die Ausfuhrpreise in dieser Woche wieder um 1 M. die Tonne gestiegen seien und heute 99—100 M. frei Ge-schäften Antwerpen notierten. Dieser Auslandspreis sei für die deutschen Werke tatsächlich um 1—2 M. höher als der In-landspreis, was noch nie der Fall gewesen sei. Ein Anziehen der Inlandspreise sei demnach unausbleiblich. Alles in allem könne man also heute die Aussichten für das Geschäft als recht günstig ansehen und die Hoffnung aussprechen, daß, falls es möglich sein werde, die politischen Verhältnisse zu beruhigen und den Stahlwerksverband in der einen oder anderen Weise zu verlängern, auch für das laufende Jahr mit einem durch-aus betriebigen Ergebnis gerechnet werden könne.“

Aus der Metallindustrie. Die Maschinenfabrik Richter & Co. in Leipzig erzielte nach dem Geschäftsbericht für 1910/11 nach Abschreibungen von 124 026 M. einen Reingewinn von 1 864 690 M., aus dem wieder 30% Dividende auf die alten und 15% auf die neuen Aktien verteilt und 870 289 M. zur Verrechnung werden sollen. — Die Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz hat einen Gewinnüberschuss von 721 368 M. zu verzeichnen. Davon werden abgeschrieben 203 622 M., der Auf-sichtsrat bekommt 95 525 M. gegen 64 943 M. im Vorjahr, die Aktionäre erhalten 378 000 M. = 25% Dividende. — Der Ab-schluß der Dillinger Hüttenwerke für 1910/11 ergab nach Abzug der Abschreibungen und Rücklagen einen Reingewinn von 5 363 933 M. (i. V. 4 487 570 M.). Die Gewinnanteile, Besoh-mungen und Zurechnungen erforderten 1 165 945 M., 24% Di-vidende auf 16 875 000 M. Aktienkapital 4 050 000 M. Vor-getragen wurden 147 988 M. Die gesamten Rücklagen betragen 20 049 297 M. — Die Maschinenfabrik Karlsruhe erzielte einen Reingewinn von 635 228 M. (451 827 M.) zu folgender Verwendung: Dividende 280 000 M. = 20% (i. V. 17%), Rück-lagen 45 000 M., Unterstützungsbeitrag 15 000 M., außerordent-liche Abschreibungen 199 214 M., Vortrag 100 513 M. — Bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin sehen nach Ab-zug der Unkosten, Steuern, Umlagezinsen und Abschreibungen 22 140 729 M. (i. V. 18 425 225 M.), und zwar wieder aus-schließlich aus dem Herstellungs- und Warenverkaufsgeschäft zur Verfügung. Der am den 31. November einzuberufenden ordentlichen Hauptversammlung werden wieder 14% Dividende vorgeschlagen. Außer den nach den bisherigen Gepllogenheiten beabsichtigten Ausschüttungen sollen 2 373 553 M. (1 000 000 M.) zur Erhöhung der Rücklagen und 750 000 M. als Rückstellung für den Erweiterungsbau des Geschäftshauses Verwendung finden. Die Maschinenfabrik Karlsruhe in Karlsruhe erzielte

nach 77 258 M. Abschreibungen und Rückstellung von 21 551 M. auf Sicherheitsbestand zuzüglich Vortrag einen Reinge-winn von 1 01 898 M. zu folgender Verwendung: Rücklage 6990 M., Sonderrücklage 90 000 M., 12% (11%) Dividende 78 000 M. und Vortrag 22 905 M. Die Beschäftigung der Fabrik hat auch im laufenden Geschäftsjahr keine Abminderung er-fahren, sodaß man auch für dieses auf ein gutes Ergebnis glaubt rechnen zu können. — Beim Westdeutschen Eisenwerk in Kraty bei Essen-Muhr ergab der Abschluß für 1910/11 nach 145 240 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 408 847 M. zu folgender Verwendung: Fabrikneuerträge 5000 M., Ge-winnanteile 83 076 M., Unterstützungs- und Wohlfahrtszwecke 25 000 M., 8% Dividende 200 000 M. und Vortrag 143 771 M. — Der Reingewinn der Kaller Werkzeugmaschinenfabrik beträgt 612 164 M. Nach Abschreibungen von 261 976 M. bleibt ein Reingewinn von 350 188 M., wozu der Gewinnvortrag mit 233 703 M. tritt. Es wird vorgeschlagen, der Rücklage 17 509 M. zuzuwenden, sodann eine Dividende von 8% = 288 000 M. zu verteilen, sodaß nach Deduktion der Gewinnanteile von 41 811 M. auf neue Rechnung 236 631 M. vorzutragen sind. — Die Wappler Maschinenfabrik erzielte nach Deduktion des vorjährigen Verlustes von 10 541 M. einen Reingewinn von 50 154 M., der wie folgt verwendet werden soll: Abschrei-bungen 16 649 M., Rücklage 3000 M., Sicherheitsbestand 5000 M., Deduktion eines Verlustes 1589 M., Besohnungen 1241 M., 8% Dividende für die Vorzugsaktien 9000 M., 8% Dividende für die Vorzugsaktien A 12 024 M. und Vortrag 1 652 M. — Wie die Köln. Volkszeitung meldet, ergibt die Bilanz der A.-G. Neuwahlwert in Wäpfer für das Jahr 1910/11, in welche bekanntlich der Brand vom Januar 1911 fiel, nach vor-sichtiger Bewertung der Rohstoffe und Bestände einen Reingewinn von 249 333 M. (im Vorjahr 220 412 M.). Nach Absetzung der Abschreibungen von 134 684 M. (99 330 M.) und zuzüglich des Vortrages ergibt sich ein Reingewinn von 190 338 M. (122 178 M.). Die Verwaltung beschloß, der Hauptversammlung vorzuschlagen, den Sicherheitsbestand mit etwa 14 500 M. (9800 M.) auszuführen, 2 Proz. Dividende zu verteilen und 58 000 M. (gegen 18 000 M.) auf neue Rechnung vor-zutragen. Nachdem ein mehrwöchiger Arbeiterausstand sein Ende erreicht hat, ließ sich der Geschäftsgang nunmehr wieder befriedigend an. — Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft plant zum weiteren Ausbau ihrer Eisenerze eine Kapitaler-höhung von 24 Millionen Mark. Hierfür soll ein größerer Betrag zu neuen Fusionen Verwendung finden.

Eine Steigerung der deutschen Automobil-fabrikation meldet der Jahresbericht des Vereins deut-scher Motorfahrzeugindustrieller. Danach war 1910 der Ge-samtumsatz mit dem Auslande um 45 Proz. höher wie 1909; er stieg nämlich von 41 100 000 M. auf 60 100 000 M. Bei diesem Umsatz ist hauptsächlich die deutsche Ausfuhr beteiligt; denn diese stieg um 69 Prozent, um 18,4 Millionen gegen das Vorjahr, die Einfuhr dagegen nur um 0,5 Millionen. Der Bestand der Motorfahrzeuge in Deutschland betrug am 1. Januar 1911 57 805 Stück, 7864 Stück mehr wie im Vorjahre. In den Monaten Januar bis August d. J. wurden für 22,5 Millionen, gegen 15,8 Millionen im Vorjahre, zur Ausfuhr gebracht, so daß eine weitere Steigerung um 50 Prozent gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres zu ver-zeichnen ist.

Der Krieg zwischen Italien und der Türkei hat unter der italienischen Sozialdemokratie eine heillose Kon-fusion angerichtet. Als nach den Grundrissen der „Inter-nationale“ die italienischen Sozialdemokraten zusammenkamen, um Wöhrenregeln des Proletariats auszutrotzeln meinte Obergrenosse Wollstein, es sei antipolitisch, wenn die Arbeiter streikten, während „unser“ Soldaten vor dem Feinde stehen (Neue Zeit 1911 S. 85). Nach der Leipziger Volkszeitung (Nr. 229) hat der radikale Obergrenosse Elio Mussatti, der Abgeord-nete des ersten Wahlkreises von Venedig, dem Parteivorstand ein Schreiben überreicht, in dem er diesen von seinem Entschluß in Kenntnis setzt, sein Mandat niederzuliegen. Mussatti begründet diesen Entschluß mit der unmöglichen Durchführung des Generalstreiks in Venedig. Das sozial-demokratische Organ „Revaro“ schreibt: „Heute, wo die Kanonen donnern, muß jeder Zwiespalt schweigen, und in allen Herzen kann nur ein Wunsch sein: für den Sieg Italiens. Obergrenosse de Felice setzt dem Ganzen die Krone auf. Er will auf einem Kreuzer vor Tripolis und telegra-phieren in die aufstrebende Heimat: „Das Anbampfen der Kriegsschiffe war ein Freundschaftsspiel. . . Nichts von Tod. Das ist ein Fest des Lebens und der Zivilisation!“

Wie man das Anbampfen einer Kriegsschiffe, die den Jued hat, eine Stadt zu bombardieren und unter Umständen in Trümmer zu setzen, „ein Fest des Lebens“ nennen kann, darüber mag man sich in der „roten Internationale“ den Kopf zerbrechen. Es zeigt sich aber auch hier wieder, daß die deutschen Genossenmildeis in der ganzen roten Internationale die einzigen sind, die sich statt des „nationalen Blutes“ mit dem „internationalen Wasser“ begnügen.

In der „Neuen Zeit“ Nr. 2/11, dem wissenschaftlichen Organ der deutschen Sozialdemokraten, bekannte sich Genosse Otto Lue in einem Artikel „Marokko und der deutsche Erp-bedarf“ als ein Anhänger kolonialer Entwürfen. Er schreibt da Seite 49 u. a.:

„Auch uns Sozialisten ist es natürlich nicht gleich-gültig, ob in absehbarer Zeit Deutschlands Versorgung mit Erzen, mit deren Verarbeitung bis zur feinsten Fertigware bei uns an zwei Millionen Arbeiter beschäftigt werden, un-möglich geworden ist. Ich möchte auch kein Hehl daraus machen, daß ich persönlich keine ab-lehnende Haltung gegenüber der übersee-ischen Kolonialpolitik einnehme, wenn ich auch natürlich die „Kolonialpolitik“ a la Dr. Peters und General Trotha entschieden verwerfe.“

Wer aber glaubt, Que nehme nun offen und ehrlich Stellung zur Marokkofrage, sieht sich wieder einmal schwer enttäuscht. Er spielt sein altes Spiel: „es mit feinem Ver-berben“, wie man dies ja an ihm gewohnt ist. Der sozialdemo-kratische Essener „Beckruf“ machte uns ja schon vor Jahren mit einem gewissen Genossen bekannt, „dem jede Selbstver-fassung geküßigt. . .“ Und der Beckruf kannte ja seine Pappen-heimer.

Eine Totenklage über den Zusammenbruch des österreichischen Sozialismus blüht die „Leip-ziger Volkszeitung“ in ihrer Nr. 228/11 an. Da heißt es: „Der Schaden, der den österreichischen Arbeitern durch das Wirken der tschechischen Sozialdemokratie zugefügt wurde, ist einfach unermessbar. Die zurückgelassenen Gewerkschaften sind in ihrer Aktionsfähigkeit gelähmt, ihre Schlagskraft ist stark

berintodigt. Und so in die Augen springend diese verheerende Tätigkeit der leitenden Personen der sich dennoch schleichend sozialdemokratische nennenden Partei ist, es ist sicher, daß sie in dieser Zerstückelungsarbeit nicht aufhören werden. Jedoch nicht allein die Zerstückelung der so notwendigen Einheitskraft der Gewerkschaften ist das Werk dieser allen Pflichtbewußtsein baren Führer des tschechischen Proletariats, es gibt auch heute wieder eine einige noch einseitige sozialdemokratische Partei in Oesterreich. Gelang es in dem der Auflösung verfallenen vorigen Parlamente noch, die letzte Kammer der Gemeinlichkeit der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien, den gemeinsamen Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, mit vieler Mühe und großer taktischer Kunst aufrechtzuerhalten, so ist nun leider auch diese gemeinsame Institution nicht wieder geschaffen worden.

Es hat keinen Sinn mehr, verhallen zu wollen: der Sozialismus macht in Oesterreich eine schwere Krise durch, die nicht überzähligen hat in der Geschichte einer der Bundesparteien des Auslandes.

Zum Schluß bringt sie in ihre Denkschrift ein recht profanisches Moment hinein; sie schreibt da: „Aber es kommt leider noch schlimmer! Zerstückelungen von Geldern der Zentralorganisationen zugunsten der separatistischen Bestrebungen kommen auch vor. Solche wurden von verschiedenen Gruppen des Holzarbeiterverbandes verübt, die sich den Separatisten angeschlossen. Es wurden Scheinverschickungen vorgenommen, Unterstellungen wurden fingiert und noch schlimmeres, um dem gegründeten separatistischen Holzarbeiterverband Geld zuzuführen.“

Sehr unwirksam ist die „Leipz. Volkszeitung“, daß der Staatsanwalt nicht gegen die „Expropriateure“ einschreiten will. Es sind halt böse Zeiten für die rote Internationale!

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Lohnbewegung in der Vielesfelder Nähmaschinen- und Fahrradindustrie!

Wie wir in der letzten Nummer unseres Verbandsorgans schon mitteilten, fanden am Montag, den 9. Oktober Verhandlungen statt, um die bestehenden Differenzen auf gutlichem Wege zu beseitigen. Leider war es noch nicht möglich, an diesem Tage zu einer Einigung zu kommen und fanden deshalb am Mittwoch den 11. Oktober auf der Handelskammer in Vielesfeld erneut Verhandlungen statt. Diese haben nun zu einem annehmbaren Resultat geführt. Auf Grund der getroffenen Vereinbarungen dürfte der Friede in der Vielesfelder Nähmaschinen- und Fahrradindustrie auf längere Zeit gesichert sein. Derselbe ist es freilich nicht gewesen, die streitenden Parteien zusammen zu bringen. Von beiden Seiten mußte man sich bequemen, weitergehende Wünsche zurückzustellen und Zugeständnisse zu machen, um den anderen Teil auf den Weg der Verständigung zu bringen.

Die getroffenen Vereinbarungen, welche im nachstehend wiedergegebenen Protokoll niedergelegt sind, bringen für die in Frage kommenden Arbeiter viele Verbesserungen und wird man sich auch im Laufe der Zeit an kleinere Unannehmlichkeiten (Fortfall der Frühstücks- und Vesperpausen) gewöhnen. Als einen großen Fortschritt kann man die Einführung des freien Samstag-Nachmittags bezeichnen. Wenn auch die zugesprochenen Lohn- und Arbeitsbedingungen der gegenwärtigen Lebensmittellage, Mietssteigerung usw., nicht ganz entsprechen, so ist doch auch in diesem Punkte ein schöner Erfolg für die Arbeiter zu buchen. Auf der politischen Mittelstufe ist für die Arbeiter ohne Kampf vieles erreicht. Daß bei einem Kampfe, bei dem beide Teile, ja auch die gesamte Bürgerchaft, schwer leiden müssen, mehr herausgekommen wäre, wird wohl nicht behauptet werden können.

Was die formelle Seite der Arbeitsfrage anbelangt, so liegt ohne Zweifel ein beachtenswerter Fortschritt auch in der Tatsache, daß die Verhandlungen von Organisation zu Organisation geführt worden sind. Nachstehend lassen wir die zwischen den Parteien getroffenen Abmachungen im Wortlaut folgen:

Protokoll

Verhandelt, Vielesfeld, den 11. Oktober 1911.

Anwesend sind als Vertreter der Arbeitgeber die Herren Kommerzienrat Kempel, Direktor Hartmann, Direktor Roder, Direktor Kramer, Fabrikant Wobersohn, Fabrikant Seydel, Fabrikant Arthur Görlich, Dr. Freiherr v. Mheraden.

Als Vertreter der Arbeitnehmer sind anwesend die Herren Carl Seering, Alfons Bufe, Hermann Wenzel, August Oberhoffel, August Braun, Carl Spiegel.

Es wird folgendes vereinbart:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 1/2 Stunden, die tägliche an den Tagen Montag bis Freitag einschließlich 9 1/2, am Sonnabend 8 Stunden. Die Frühstücks- und Vesperpausen fallen an den Wochentagen mit Ausnahme des Sonnabends fort.

2. Es findet eine Erhöhung der aufbesserungsbedürftigen Arbeitszeit statt, sofern sich die Aufbesserung in den von den Vertretern der Arbeitnehmer in der heutigen Sitzung bezeichneten Grenzen hält. Die Prüfung und Festlegung der einzelnen als unzureichend bezeichneten Arbeitslöhne bleibt den einzelnen Betrieben vorbehalten.

Nach Ansicht der Arbeitervertreter werden bezüglich dieser Erhöhung bei der Firma Baer und Kempel 30-50 Markbörse in Frage kommen. Die Arbeitslöhne müssen bis zum 1. Januar 1912 geregelt sein.

3. Die Stundenlöhne bis einschließlich 40 Pfg. erfahren eine Erhöhung von 3 Pfg. pro Stunde, die über 40 Pfg. hinausgehenden Stundenlöhne eine solche von 2 Pfg. pro Stunde. Diese Lohnerhöhungen beziehen sich auf alle Arbeiter über 18 Jahren.

4. Für die Affordarbeiter wird ein ihren Leistungen entsprechender Stundenlohn festgesetzt.

5. Bei Arbeitsmangel soll nach Möglichkeit von Arbeitern entlassen werden.

6. Im Falle von militärischen Übungen und Erkrankungen ist nach Möglichkeit den Arbeitern die alte Arbeitsstelle offen zu halten oder entsprechende Arbeit zuzuwenden.

7. Die Regelung der ausgesetzten Bewilligungen hat mit Ausnahme von Punkt 2 bis zum ersten Lohnzuge nach dem 1. November d. J. zu erfolgen.

Vorsitzende Abmachungen gelten für folgende Betriebe:
a) Vielesfelder Maschinenfabrik A.-G., vorm. Koch & Co., b) Vielesfelder Maschinenfabrik Baer & Kempel, c) Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei A.-G., vorm. H. Koch & Co., d) Ankerwerke, A.-G., vorm. Langenberg & Co. und e) Vielesfelder Maschinen- und Fahrradwerke August Görlich.

Für die Arbeitgeber: (gez.) Hugo Kempel, Hartmann, Otto Kramer, Arthur Görlich, Seydel, C. Roder, Dr. v. Mheraden.

Für die Arbeitnehmer: (gez.) Carl Seering, Alfons Bufe, Hermann Wenzel, Carl Spiegel, August Oberhoffel, August Braun.

Diese Zugeständnisse sind am Donnerstag, den 12. Okt. den in Frage kommenden Arbeitern in fünf überfüllten Versammlungen unterbreitet worden und nach den ausführlichen Referaten der einzelnen Organisationsvertreter mit übergroßer Majorität seitens der Arbeiter angenommen worden. Daß die Zugeständnisse für Vielesfeld von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, kann man daran erkennen, daß bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen, oberflächlich berechnet, mindestens ein Mehr von 200 000 Mark pro Jahr für die Arbeiter herauskommt. Ebenso macht die Arbeitszeitverlängerung um 1 Stunde pro Woche für ca. 10 000 Metallarbeiter im ganzen berechnet pro Jahr 520 000 Stunden aus; ein großer Erfolg.

An unsere Kollegen liegt es nun, das Erreignisse zu erhalten, und diese Möglichkeit ist nur darin gegeben, daß jedes Mitglied immer mehr neue Kämpfer für den geschlossenen Metallarbeiterverband zu gewinnen sucht. Es gilt jetzt für jeden einzelnen Kollegen, unsere Position in Vielesfeld noch weiter zu stärken, zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft. Einigkeit macht stark!

Der Kampf der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Aktiengesellschaft gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter

In Troisdorf stehen die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Aktiengesellschaft im Kampfe um das Koalitionsrecht. Die Ursache ist folgende: Im Laufe des Sommers schlossen sich Arbeiter der obigen Firma der gewerkschaftlichen Organisation an. Durch falsche und entstellte Berichte einiger Teilmilizanten wurde die Firma hierauf aufmerksam gemacht. Nachdem schon vorher einige Kollegen unseres Verbandes entlassen, erfolgte am 26. September in der Fabrik folgender Anschlag:

An unsere Arbeiter!

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß in letzter Zeit viele unserer Arbeiterschaft Organisationen beigetreten sind, welche den Zweck haben, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern.

Wenn wir auch die Berechtigung dieser Bestrebung voll und ganz anerkennen, so halten wir es doch im Hinblick auf das seit dem fast 20-jährigen Bestehen unserer Gesellschaft bisher ungetrübte und hervorragende Zusammenhalten zwischen uns und unseren Arbeitern für sehr bedenklich, diesen unruhigen Zusammenhalt durch ein Darzustreten auswärts kommandierender Einflüsse trüben zu lassen.

Wir erwarten von unseren Arbeitern das Vertrauen, daß ihren berechtigten Wünschen nach jeder Richtung hin voll und ganz genügt ist, soweit dieses mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen ist.

Wir erwarten auch, daß unsere Arbeiter davon überzeugt sind, daß allen unsern Beamten der vollste Schutz der Interessen und Wünsche unserer Arbeiterschaft, sowie die Unterstützung ihrer auf eine Verbesserung der Arbeits- und Ernährungsverhältnisse hinzielenden Bestrebungen bei gerechter Abwägung der wirtschaftlichen Lage bringen am Herzen liegt.

Wir lehnen daher jede fremde Vermittlung zwischen uns und unserer Arbeiterschaft entschieden ab, eine Vermittlung, welche auch trotz besserer Absicht geeignet ist, das gute Einvernehmen zwischen uns und unseren Arbeitern zu trüben und Mißtrauen zu säen.

Wir sehen uns nun veranlaßt, organisierte Arbeiter in unsern sämtlichen Fabriken nicht mehr zu beschäftigen und fordern im Interesse eines von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeitens alle diejenigen Arbeiter, welche bisher Organisationen irgendwelcher Art beigetreten sind, auf, aus denselben auszutreten über ihre Arbeit niederzulegen.

Die Direktion der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G. Köln, den 26. September 1911.

In diesem Schriftstück erkennt man voll und ganz die Berechtigung der Organisationsbestrebungen der Arbeiter an. Gleichzeitig aber verbietet die Firma den Arbeitern, von der Berechtigung, sich zu organisieren, Gebrauch zu machen. Die Direktion will das seit 25 Jahren zwischen ihr und den Arbeitern bestehende Vertrauen nicht durch die Organisation gefährdet haben. Man redet von Vertrauen, hat aber im Werk einen Spionagedienst organisiert, wie er wohl selten anzutreffen ist. Ferner sind nicht, wie es in dem Anschlage heißt, von auswärts kommandierende Einflüsse während vorigen Jahres und Arbeiterschaft getreten. Wir stellen fest, daß die Arbeiter sich aus eigenem Antrieb heraus organisiert haben.

Am 29. September wurde den Arbeitern des Werkes ein selb ein Brief zur Unterschrift vorgelegt, wonach sie sich verpflichten sollten, entweder aus der Organisation oder aus dem Betrieb auszutreten. 150 Arbeiter mußten darauf den Verzicht verlesen. Trotz Vorstellungsverweigerung der Verbandsvertreter - bei welcher Gelegenheit der Herr Generaldirektor die gegenwärtige Tätigkeit der Gewerkschaften anerkannte - sowie der vermittelnden Tätigkeit des Abgeordneten des Bezirks verharbt die Direktion an ihrem Standpunkt.

In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung am 8. Oktober zeichnete unser Bezirksleiter Kollege Schmidt das Verhalten der Firma als ungeschickt und gegen die guten Sitten verstoßend. Trotzdem die Gesellschaft den Arbeitern das Koalitionsrecht raubte, nehme sie dieses Recht für sich hin unbeschränktem Maße in Anspruch, indem sie seit dem Jahre 1894 dem Generalratel angeschlossen sei. Zum Beweise der guten Prosperität des Unternehmens wies Schmidt darauf hin, daß dessen Umsatz sich in den letzten fünf Jahren darauf hin, daß dessen Umsatz sich in den letzten fünf Jahren dreifach verdoppelt und im Jahre 1909 10 452 115 M. erreicht habe. Seit dem Jahre 1887 seien jährlich durchschnittlich 13 Prozent Dividende verteilt worden. Die Löhne der Arbeiter seien sich zwischen 2,75 M. und 4.- M. (für ausgetretene Arbeiter) bewegen, stehen in keinem Verhältnis zur verlangten Arbeitsleistung einerseits und den Gewinnen der Aktionäre andererseits. Eine die Haltung der Firma charakterisierende Resolution fand einstimmige Annahme. Die Arbeiter sind gewillt, ihre Menschenrechte bis zum äußersten zu verteidigen. Sie haben erkannt, daß ihre Lage nur durch die Organisation gebessert werden kann.

Düsseldorf. Zu der Korrespondenz über die Verdrängung der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in unserer Nr. 41 erhalten wir von dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Herrn Dr. Hoff, folgende Zuschrift:

„An den verantwortlichen Redakteur des Deutschen Metallarbeiters, Herrn Friedrich Kraus, Duisburg, Seitenstraße 17. In der von Ihnen verantwortlichen geleiteten Nummer 41 des Deutschen Metallarbeiters vom 14. Oktober bringen Sie in dem Teil „Streiks und Lohnbewegungen“ aus Düsseldorf einen Bericht über die Verdrängung des Düsseldorfer Metallarbeiterverbandes. Wir erwidern Sie auf Grund des 11 des Präsekretes, in der nächstfolgenden für den Druck noch nicht abgeschlossenen Nummer Ihrer Zeitung nachstehende Erklärung

anzunehmen: „Der in dem Bericht über die Verdrängung des Düsseldorf Metallarbeiterverbandes in der Nr. 41 des Deutschen Metallarbeiters befindliche Satz: „Der Kampf auf den Werken de Fries, Ernst Schlegel, Bosenhausen, Schenk, Liebeskardt und Merowitz wurde abgebrochen, nachdem die Unternehmer alles nach Wiederaufnahme der Arbeit zu bewilligen in Aussicht stellten.“ ist unvollständig, soweit es die vier erwähnten Werke, die dem unterzeichneten Arbeitgeberverband angeschlossen sind, angeht. Die Arbeit wurde vielmehr bei diesen Werken zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, ohne daß ein solches Zugeständnis gemacht wurde.“ Hochachtungsvoll! Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Der Geschäftsführer: Dr. E. Hoff.“

Dazu teilt uns der Einsender des betr. Berichtes in unserer Nr. 41 mit, daß er seine Darstellung des Sachverhalts aufrecht erhalte. Im übrigen schreiben wir ja auch selbst in dem von Herrn Dr. Hoff pflichtgemäß berichtigen Bericht, daß die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Unternehmer während der Dauer des Kampfes offiziell nichts bewilligen durften, da sie sich damit außerhalb des Verbandes gestellt und der Streikentscheidung verlustig gegangen wären. Es ist doch höchst kein Verbrechen, wenn die Arbeiter dieser Zwangslage, in der die bestreikten Werke sich befanden, Rechnung trugen und auf eine „offizielle Bewilligung“ verzichteten. Der Kampf ist nun beendet und den Arbeitgebern steht demnach nichts mehr im Wege, den billigen Forderungen ihrer Arbeiter entgegen zu kommen, wie sie es deren Vertreter in Aussicht stellten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort. **Schloß-Holte.** Auf der „Holler Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Bezug ist fernzubehalten.

Siegen. Ueber die Siegerer Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbau ist die Sperre verhängt.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter im Streik. Bezug ist fernzubehalten.

Meyndt. Ueber die Firma Max Schorch ist die Sperre verhängt.

Lorismund-Lünen. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Lunen ist die Sperre verhängt.

Köln. Die Elektromonteur stehen im Streik. Bezug fernhalten.

Wormen-Gibersfeld. In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Bezug ist streng fernzubehalten.

Zattlingen. Bei der Firma A. Schweighardt stehen die Arbeiter im Streik. Bezug ist fernzubehalten.

W.-Glabach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnmaterial-Bauanstalt und Eisengießerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Bezug ist streng fernzubehalten.

Weypen. Die Weypen Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen - wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes - gesperrt.

Wilsenkirchen. Die Firma Böder u. Co. ist für Werkzeugmaschinen gesperrt.

Trick. Die Kleinpneuer und Installateure stehen zueinander in der Einföhrung eines Tarifvertrages im Streik.

Zwistringen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzubehalten.

Blum-Grensfeld. Auf der hiesigen Maschinenbauanstalt stehen die Arbeiter im Streik. Bezug fernhalten.

Köln-Troisdorf. Die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G. in Troisdorf stehen wegen Verdrängung des Koalitionsrechtes im Streik.

Berlin. Die Berliner Former und Eisengießerei Arbeiter stehen im Streik. Bezug ist fernzubehalten.

Solingen-Saau. Bei der Firma Hofeins & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Bezug von Schlossern, Hobelern, Fräsern und Holzern ist fernzubehalten.

Reheim-Bremen. Die Stampfer der Firma Gieseler stehen wegen Lohnabzug in Kündigung.

Gewelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schürhoff stehen wegen Differenzen in Kündigung.

Hann. Die Feingießer der Weiß. Drahtindustrie sind zueinander Abwehr von Verdrängungen in eine Bewegung eingeleitet. Bezug von Drahtziehern ist streng fernzubehalten. **Langenwehe-Laduthal.** Bei der Firma Max Schleicher & Söhne, Nadelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Nadeln ist streng fernzubehalten.

Dortmund-Lünen. Ueber die Gießerei der Firma Klumpe & Ley wurde wegen Affordbifferenzen die Sperre verhängt.

Bezug ist fernzubehalten.

Menden. Die Bewegung bei der Firma Metallwerkzeug ist durch den Abbruch eines Vergleiches vor dem Obergericht erledigt. Die Sperre ist aufgehoben. (Näherer Bericht folgt.)

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. Oktober 1911 der dreißigste Wochbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Oktober 1911 fällig.

Die Verwaltungsstelle Hamburg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 20 Pfg. ab 1. Novbr. bis 30. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Hamburg. Eine interessante Mitgliederversammlung tagte am 30. September in unserem Verbandslokal bei Schröder; galt es doch über einen sehr wichtigen Punkt zu beraten, nämlich die Erhöhung der Beiträge. Wir hatten diese wichtige Frage schon vorher in der Vorstandssitzung beraten. Dort herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß, wenn der Beschluß der letzten Bezirkskonferenz, einen Beamten anzustellen, verwirklicht werden sollte, auch die erforderlichen Mittel beschafft werden müßten. Das aber geht nun einmal nicht ohne eine entsprechende Erhöhung der Sozialbeiträge. Von den bei den letzten Beiträgen und den anderen Ortsgruppen unseres Bezirks verbleibenden Ueberschüssen ist es nicht möglich, einen Beamten zu besolden. Es wäre auch zu beschränkend für uns Hamburger, die wir immer an der Spitze sind, wenn es gilt für unsere Bewegung einzutreten, wenn wir in diesem Punkte versagen würden. Wir können der Zentralkasse nicht noch die ganzen Kosten eines Beamten aufsladen.

Nun, werden vielleicht manche Kollegen einwenden, wir haben ja einen tüchtigen Beamten in der Person des Kollegen Hartmann. Diese sollen aber nicht vergessen, daß Kollege Hartmann als Sekretär des Gesamtverbandes für alle christlichen Gewerkschaftsgruppen da ist. Auch ein christlicher Gewerkschaftsbeamter ist aber schließlich nur ein Mensch und bedarf zur Erhaltung seiner Schaffenskraft der Ruhezeit so gut wie jeder Arbeiter. Wer da bereit, ein Gewerkschaftsbeamter spazieren nur mal hin und wieder in eine Versammlung und ihre die übrige Zeit untätig zu Hause, der hat wirklich keinen Schimmer von der Arbeitsleistung, die einem solchen Kollegen aufgebildet wird.

Anderer Kollegen denken wieder zurück an „früher“; da hatten wir doch keine Beamten und doch ist es vorwärts gegangen, sagen sie. Ja Kollegen, zwischen früher und heute ist doch ein gewaltiger Unterschied! Früher hat auch unser Kollege Wieder das Amt eines Verbandsvorsitzenden und das eines Agitatoren bekleidet — und ging „nebenbei“ im Hauptberufe noch seiner Berufsarbeit nach. Heut das aber heute noch? Wer etwas Einsicht hat für das, was heute an Arbeit für den Verband geleistet werden muß, und geleistet wird, wird die Frage verneinen müssen. Auch wir im Hamburger Bezirk können unter den heutigen Verhältnissen einen im Hauptamt für unsere Sache tätigen Kollegen nicht entbehren. Es ist noch ungeheuer viel zu tun hier im Bezirk, nicht nur der kommende Beamte, — auch wir selbst müssen nach besten Kräften nach wie vor mitarbeiten u. werden für unsere Sache.

Und nun zur Versammlung selbst. Sämtliche Kollegen waren durch Handzettel noch extra eingeladen und auf die Wichtigkeit der Tagesordnung aufmerksam gemacht worden. Es war auch eine stattliche Anzahl von Kollegen erschienen — aber noch lange nicht alle. Die schlechte Witterung wird ihr Teil dazu beigetragen haben. Kollege Hartmann referierte über den Stand der Dinge in der Metallindustrie und wies auf die schweren Kämpfe die sich hier zur Zeit abspielen und noch bevorstehen. Bisherlich werde uns auch in nächsten Jahre in der Metallindustrie ein Kampf in verschärfter Form bevorstehen. Zum Kampfe aber gehört Munition. Und ohne echte gewerkschaftliche Opferwilligkeit wird es unmöglich sein, unsere Interessen wirksam zu wahren. Wer nun in der Diskussion die so oft gegen eine Beitragserhöhung ins Feld geführten Ausreden und Bedenken zu hören erwartet hatte, sah sich schwer getäuscht. Alle Diskussionsredner hatten die Situation erfasst und traten für die Erhöhung der Wochenbeiträge von 70 auf 80 Pfg. ein. Nun, wir sind ja nicht umsonst in Hamburg. Die Hamburger Kollegen haben immer in punkto Opferwilligkeit mit in der vordersten Reihe gestanden — und sie wollten auch diesmal ihren Platz wieder behaupten und nicht ins Hintertreffen geraten. Nur zwei Kollegen stimmten gegen die Erhöhung. Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Erhöhung wurde der 1. November bestimmt, sobald also im laufenden Jahre noch 9 Beiträge zu 80 Pfg. zu zahlen sind.

Unsere Ortsgruppe hatte zur Zeit der letzten Versammlung 212 Mitglieder zu verzeichnen. Aufgabe unserer Kollegen ist es, nun so zu arbeiten, daß bis Neujahr noch die 300 voll werden. Jetzt ist die Zeit zur Vorbereitung; jeder Kollege soll nach besten Kräften mitarbeiten an der Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes. Gerade in Hamburg ist das notwendig, da man uns hier das Recht streitig machen will, als christliche Arbeiter unser Brot zu verdienen. Wir wollen uns auch hier den „Platz an der Sonne“ sichern, der uns als deutschen Arbeitern zukommt. Kollegen! geht auch in die konfessionellen Vereine und flücht dort bei unserem Verbands noch indifferent fernstehenden Kollegen über den Ernst der Lage auf, damit sie der christlichen gewerkschaftlichen Organisation beitreten, und nicht der sozialdemokratischen, wofür sie mit ihrem Gelde sozialdemokratische Wahlkagitation betreiben und ihre heiligsten Gefühle beschimpfen und verhöhnen werden. Ein jeder von uns arbeite so nach seinen besten Kräften für unsere große Sache; keiner bleibe zurück; halte jeder treu zu unserer Fahne, dann wird der endliche Erfolg auf unserer Seite sein.

Leipzig. Die am 20. September im „Edorado“ abgehaltene Versammlung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes mit Einfluß der dem Kartell angehörenden übrigen Zahlstellen, nahm einen glänzenden Verlauf. Verbandssekretär Kollege Reichert behandelte das Thema: „Christliche Gewerkschaften und deutscher Arbeiterkongress“. Redner gab eingangs einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft, namentlich unter dem Einfluß der deutschen Handelspolitik der letzten Jahrzehnte und zeigte, wie die wirtschaftspolitische Entwicklung heute zum Zusammenstoß großer Wirtschaftszonen führte, wie wir sie schon bei England mit seinen Kolonien und der nordamerikanischen Union mit dem übrigen Amerika finden. Die Schaffung und Erhaltung der notwendigen Rohstoffe und Absatzgebiete ist eine Lebensfrage für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Das entscheidende Vorgehen unserer Regierung für die Wahrung der bedrohten wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko sei deshalb auch von allen Einsichtigen gebilligt und unterstützt worden. Lediglich die Sozialdemokratie nimmt einen gegenteiligen Standpunkt ein.

Redner legt nun klar, daß das Vorgehen der „Genossen“ nicht nur eine Gefahr für die Interessen des Vaterlandes ist, sondern auch die Arbeiterinteressen bedeutend schädigt, da durch den Mißbrauch der sogenannten freien Gewerkschaften für den politischen Massenstreik berechtigte Forderungen der Arbeiter mit den unberechtigten der Sozialdemokratie verwechselt werden. Dadurch aber wird der Emanzipationskampf des vierten Standes besonders erschwert. Die Sozialdemokratie fordert wohl die Staatsbürgerrechte, will aber deren

Pflichten nicht anerkennen. Daraus ergibt sich, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft eine Gemeinshaft mit der vollen- und vaterlandbewerterischen Sozialdemokratie ablehnen muß. Die christlich-nationalen Arbeiter dürfen einer Regierung Vertrauen entgegenbringen, die durch ihre Politik in den letzten drei Jahrzehnten Deutschland einem Aufschwunge entgegenführte, der den ausgeprägtesten Reiz der Konkurrenzländer hervorgerufen hat. Leider besteht die Gefahr, daß durch die Sozialdemokratie diese kulturellen Errungenschaften bedroht sind. Diese hat durch ihre Resolution in Tripoli keinen Zweifel an ihrer vaterlandbewerterischen Gesinnung gelassen. Mit Polizei- und Ausnahmegesetzen ist ihr nicht beizukommen, sondern durch eine durchgreifende Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft. Daher gilt es, durch Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen Damm zu errichten, an dem im Falle der Gefahr die sozialdemokratische Hochflut wellen zerbricht. Die stattliche Zahl der Anwesenden gab durch reichen Beifall ihre Zustimmung zu erkennen und gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme:

Die am 20. September im Restaurant „Edorado“ zu Leipzig tagende Versammlung des Leipziger christlich-nationalen Gewerkschaftskartells erklärt sich nach eingehender Prüfung der gegenwärtigen Sachlage mit dem Aufruf des Deutschen Arbeiterkongresses einverstanden. Die Versammlung konstatiert, daß die angeblich neutralen freien Gewerkschaften von der Sozialdemokratie zu parteipolitischen antinationalen Zwecken mißbraucht werden. Sie weist deshalb jede Gemeinshaft mit den vaterlandbewerterischen Tendenzen der Sozialdemokratie weit von sich und betont ihre nationale Gesinnung.

Rottenburg a. N. (Württemberg.) Die Metallarbeiter unserer Stadt leben nicht in den vorliegenden Verhältnissen. Wenn auch über die Behandlung im allgemeinen, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht sehr viel zu klagen ist, so sind die Arbeiter keineswegs zufrieden. Dies ist auch begründlich, wenn man hört, daß die Löhne in gar keinem richtigen Verhältnis zu der verlangten Arbeitsleistung und noch viel weniger zu den teuren Lebensverhältnissen der heutigen Zeit stehen. Stundenlöhne für verheiratete Arbeiter in der Höhe von 30 Pfg. und für unverheiratete von 25 Pfg. sind nach zuverlässigen Berichten an der Tagesordnung. Die Arbeiter müssen sich also leisten, daß sie die „hohen“ Löhne noch verdienen. Höchstens bringt es der eine oder andere auf einen durchschnittlichen Stundenlohn von 45 Pfg.; wer 40 Pfg. pro Stunde verdient, den darf man schon zu den Meistern rechnen.

Das Bewußtsein, daß hier nur durch Einmütigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter Besserung geschafft werden kann, beherrscht fast alle Arbeiter. Die Arbeitervereine und der Egoismus eines Teils derselben verhindern bis vor kurzem den Zusammenschluß. Erstzuletzt hat sich nun eine schöne Anzahl weißbländender Kollegen aufgerufen und sich trotz verschiedener hindernder Einflüsse dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen.

Möchten immer mehr gleichgesinnte Kollegen diesem Beispiel folgen, um Hand in Hand im christlichen Metallarbeiterverband für die Besserstellung der Rottenburger Arbeiter einzutreten. Wir wollen keinen unbedingten Kampf gegen unsere Arbeitgeber führen, sondern von dem uns gesetzlich zugewiesenen Rechte Gebrauch machen und als geschlossenes Ganzes unsere berechtigten Ansprüche vorbringen und für sie eintreten. Nicht Liebesdienerei und Schmeichelei soll das Mittel zur Forderung sein, sondern systematische zielbewusste Arbeit als aufrechte, ehrliche Arbeitsbrüder wollen wir unser schönes Ziel verfolgen, darum, Arbeiter von Rottenburg, tretet Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband bei.

Büchelst. Am 24. September fand bei Giesler eine öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung statt. Der Besuch war leider nur ein mäßiger zu nennen, obwohl auch die Kollegen von Büchelst allen Anlaß hätten, eine solche Versammlung wünschenswert zu bezeichnen. Wenn selbst die gewerkschaftlich organisierten Kollegen einer solchen Versammlung nicht beizuhören, darf man schließlich von den Indifferenten auch nicht mehr erwarten. Volkstreuere Sekretär Kollege Burdick sprach als erster Redner über die neue Reichsversicherungsordnung. Er kam zu dem Schluß, daß die R.-V.-D. viele Vorteile gegen die früheren Versicherungsgeetze aufweise. Seien auch nicht alle Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt worden, so biete doch die R.-V.-D. in ihrer heutigen Gestalt eine gute Basis, auf der später weiter gebaut werden könne und werde. Die Ausführungen des Redners fanden auch in der Diskussion allseitige Zustimmung. Der zweite Redner, Kollege Waltenberg-Mannheim, behandelte in interessanter und lehrreicher Weise das sehr aktuelle Thema: Deutschlands wirtschaftliche Interessen in Marokko. Treffend zeichnete er im Verlauf seiner Ausführungen, das die deutschen Wirtschaftszentren schwer schädigende Treiben der Sozialdemokratie in der Marokkoangelegenheit. Wer in dieser Weise die Interessen unserer heimischen Volkswirtschaft verrate, treibe damit auch vollendeten Arbeiterverrat. Redner schloß mit der Mahnung an die Kollegen, unermüdet für die Stärkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein.

Soziales.

Zur gegenwärtigen Teuerung

Eine zahlreich besuchte Konferenz von christlichen Arbeitern hat eine ausgiebige Besprechung der gegenwärtigen Teuerungssache vorgenommen. Das Resultat dieser Besprechung ergab folgende Gesichtspunkte, die für die Zeit des Reichstages als Vorschläge zur Milderung der Teuerungsschicksale in Betracht kommen können:

1. Es sind Maßnahmen zu treffen, um nach Möglichkeit die einheimische Fleischproduktion sicher zu stellen, deshalb die Zufuhr von Futtermitteln für die Landwirtschaft zu erleichtern und nach Kosten zu fördern.
 2. Da aller Voraussicht nach infolge der mangelhaften Futterernte und der hohen Kartoffelpreise die Viehzucht und Mast nicht in dem bisherigen Umfang betrieben werden wird, sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Zufuhr ausländischen Fleisches zu fördern, und zwar durch Verträge mit der Einfuhr von Schieferfleisch, Aufhebung des Verbotes der Einfuhr von Wachsenfleisch und Hartwurst und durch weitere Dämpfung der Grenzen zur Erleichterung der Vieheinfuhr.
- Bei diesen Maßnahmen ist Bedacht darauf zu nehmen, daß geeignete sanitäre Vorschriften zur Anwendung gelangen, um die Konsumenten vor Schädigung der Gesundheit durch krankes und schabhaftes Fleisch nach Möglichkeit zu schützen sowie eine Entschärfung des deutschen Viehbestandes zu verhindern.

3. Als Ersatz für den Ausfall der heimischen Gemüseernte ist in Aussicht zu nehmen die Erleichterung und Verbilligung der Einfuhr von Gemüsen und solchen Kolonialwarenartikeln, welche als Ersatz für Gemüse gelten können. Weiterhin ist für die Zeit der Teuerung in Erwägung zu ziehen der Weg der Rückvergütung des Zollbesatzes an diejenigen Händler und öffentlichen Institutionen, welche es sich zur Aufgabe stellen, ohne Gewinn die unteren Volksschichten mit Lebensmitteln zu versorgen. Das Gleiche soll versucht werden für die Einfuhr von Molkereiprodukten, insbesondere Butter und Käse.

4. Die Gemeindeverwaltungen sollen in Erwägung ziehen, einzuleiten durch Einrichtung von Fisch- und Gemüseernten einerseits ein Ersatzmittel für Fleischnahrung geschaffen und andererseits Preisstreiberien des Handels und der Spekulation entgegen gewirkt werden kann. Die zum Verkauf gelangenden Produkte sind ohne Gewinn an die Konsumenten abzugeben.

5. Reich, Staat und Gemeinde sollen in planmäßiger Weise dahin wirken, daß die Rolle, welche der Zwischenhandel bei der Lebensmittelversorgung, insbesondere bei der Preisbildung, spielt, durch gute Statistiken umfassender und klarer festgestellt wird. Außerdem erscheinen Einrichtungen geboten, welche durch fortlaufende Prüfung jederzeit ein zuverlässiges Urteil über den jetzigen Viehbestand ermöglichen.

Briefkasten.

Un Mehrere: Auch für den Versammlungskalender gibt der am Kopfe unseres Organs verzeichnete Redaktionsklub Anzeigen, die bis dahin nicht an der Zentrale eingegangen sind, können in die laufende Nr. nicht mehr aufgenommen werden. Größere Berichte sollen möglichst schon Donnerstags und Freitags auf der Redaktion eintreffen, gehen solche erst Montags hier ein, so müssen sie meist für die folgende Nr. zurückgestellt werden.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung! Samstag den 21. Oktober.

- Berlin. Abends 8.30 in Schulg. Gellert, am Abtigsgraben 14 a. allg. Mitgliedsversammlung.
- Barmen. Abends 8.30 Uhr bei Undermann, Oberbörnerstraße 60. Erhaltenen Briefe.
- Duisburg-Neudorf. Abends 8.30 Uhr bei Foverlump, Kammerstr.
- Düsseldorf-Neurath. Abends 9 Uhr bei Kampenacker, Mittelstraße.
- Düsseldorf-Bilk. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Bilkerallee.
- Düsseldorf-Derenborf. Abends 9 Uhr bei Quering.
- Gelsenach. Abends 8.30 Uhr im Weltmarischen Hof, Wöhrstr.
- Gelsen-Altenessen-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Böhmner, Effenhorferstr.
- Gelsen-Berge-Borbeck. Abends 8 Uhr bei Wehhoff.
- Gelsen-Egeroth. Abends 8 Uhr Josephshaus, Egerothstraße. Frauen mitbringen.
- Gelsen-Steese-Krah. Abends 8.30 Uhr in Kay bei Freitag, Gressstr.
- Hannoversch. Abends 8 Uhr bei Dohrenrecht.
- Hannover-Mittel. Abends 8.30 Uhr bei Rosenbusch.
- Köln. Abends 9 Uhr im Bierel Breitestr. Referent Kol. Stiefel-Eberfeld.
- Münster. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosendahl, Wöhrerstr.
- Neudorf. Abends 8 Uhr in der Jakobinerkirche, Schottenstr.
- Stuttgarter-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr in der Bote, „Alter Gase“.
- Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König, Gölzstr. 8.

Sonntag den 22. Oktober.

- Auern St. Anton. Nachm. 5 Uhr sehr wichtige Versammlung.
- Andersach. Vorm. 11 Uhr im Hotel Samm.
- Bremersbach. Abends 7.30 Uhr (mit Frauen) in der Union Jakobstr. 8.
- Düsseldorf-Grath. Vorm. 11 Uhr bei Wille, Gerresheimerstr.
- Duisburg-Weidert. Nachm. 4.30 Uhr bei Foverlump, „Zur deutschen Klippe“. Referent zur Stelle.
- Duisburg-Ranheimerort. Nachm. 5 Uhr bei Kassepe Hühnerstr.
- Dortmund-Cörne. Vorm. 11.30 Uhr bei Drees, Kalkerstr.
- Essen-Ordnungsamt. Vorm. 10.30 Uhr Generalversammlung im „Gewerkschaftshaus“, Frohnhauerstr. 19. Referent wichtige Tagesordnung, drum alle erscheinen. Mitgliederbuch mitbringen.
- Gummersch. Vorm. 10.30 Uhr bei Bungard.
- Hamm-Berge. Nachm. 5 Uhr bei Fikler.
- Urslich bei Neuwied. Abends 8 Uhr N. Witten, N. eintr., öffentl. Metallarbeiterversammlung.
- Köln-Mitte. Morgens 11 Uhr bei Knepper.
- Köln-Rath. Vorm. 8.30 Uhr bei Krein.
- Langerbrock-Berne. Gemischte Versammlung der konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften. 5 Uhr bei Wermans (früher Kumping) in Langerbrock.
- Millingen. Nachm. 4.30 bei Garmann.
- Neheim. Nachm. 2 Uhr Bezirksversammlung bei Sattler, Hauptstr.
- Olberga. Nachm. 4 Uhr bei Wm. Kropf in Olberga.
- Siegburg. Vorm. 10.30 Uhr im Lokal Minoriten, mit Vortrag.

Mittwoch, den 25. Oktober.

- Dortmund-Waltrop. Abends 6.30 Uhr bei Steverding.
- Donnerstag, den 26. Oktober.
- Essen, Altdorf, Berge-Borbeck u. Schönebeck. Abends 8 Uhr bei Wul, Essen-Weiß, Altdorferstr. 299. Referent: Wg. Kollege Zumbach.

Sonntag, den 28. Oktober.

- Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Paal, Bahustr.
- Gelsenkirchen-Neudorf. Abends 8 Uhr bei Waffna.
- Gebelsberg. Abends 8.30 Uhr bei J. Sallien, Mittelstr.
- Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Talstraße 97.
- Köln-Grath. Abends 9 Uhr bei Kornbücker, Kesperstraße.
- Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Volkshaus, Herrenstr. 84.
- München. Abends 8 Uhr im Gasthaus „Leopoldshaus“, Senefelderstraße 11. Vertrauensmänner- und Delegierten-Sitzung. Alle Vertretungsmitglieder sollen erscheinen.
- Stuttgart-Indragburg. Abends 8.30 Uhr bei Wetmann.

Sonntag, den 29. Oktober.

- Böckum. Nachm. 5 Uhr Generalversammlung, mit Frauen; nachher gemütliche Unterhaltung.
- Berlin-Ober-Schönebeck. Vorm. 11 Uhr bei Dlesch.
- Spirmund 1 und 2. Abends 8.30 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Besterbachstraße 62. Quartals-Generalversammlung.
- Dortmund-Annen. Abends 8.30 Uhr bei Bangmann, Wismarstr.
- Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Schulen, Münchenerstraße.
- Düsseldorf-Oberbilf. Vorm. 11 Uhr bei Güter, Gölzstr.
- Essen-Former und Gieselerarbeiter 2c. Vorm. 10.30 Uhr im „Waldshaus“, Frohnhauerstraße 19.
- Essen-Elektronenteure. 11 Uhr bei Schmidt, Steelerstr. 61.
- Gelsenkirchen-Schalke. Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
- Glader. Nachm. 4 Uhr bei Kortpot (Christl. Gewerkschaftshaus).
- Köln-Palm. Morgens 11 Uhr bei Sünnesberg, Breuerstraße.
- Köln-Palm. Morgens 11 Uhr bei Sünnesberg, Breuerstraße.
- Neuhütten. Abends 8 Uhr im Gasthaus zum Stern (Schlepp).
- Neheim-Hl. Nachm. 2 Uhr bei Wehmann.
- Neheim-Saubert. Nachm. 5 Uhr bei Junke.
- Waldhorn. Vorm. 11 Uhr im Vereinslokal. Beitragsfrage. Organisation. Referent: Jechel!
- Stromberg-Planort. Nachm. 4 Uhr bei Schmidt in Stromberg, mit Vortrag.
- Neuwied. Alle Kollegen, die in der Umgegend von Neuwied angeschlossen sind und noch nicht beizutreten, resp. keiner Zahlstelle über per Postkarte mit Angabe ihrer genauen Adresse an das Sekretariat zu Neuwied, Mittelstr. 65 zu wenden. Näheres wird ihnen alsdann bekannt gegeben.
- Angsburg. Die Adresse unseres Kassierers ist von jetzt ab: Hermann Käse, Jakobstr. 411. Reiseunterstützung wird von 6.30 bis 7.30 Uhr abends ausgezahlt.
- Leipzig. Die Adresse des Vorsitzenden ist: O. Moritz, Leipziger Linden, Dürrenbergerstr. 3, part., links. Sprechstunden nachm. von 6 bis 7 Uhr.